

Anmerkungen

- ¹ H. Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich (Stuttgart 1966). – R. Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem (Stuttgart 1970). – M. H. Kater, Das „Ahnenerbe“ der SS 1935–1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reichs (Stuttgart 1974). – R. G. Reuth, Goebbels. Eine Biographie³ (München 2004). – S. Flachowsky, Von der Notgemeinschaft zum Reichsforschungsrat. Wissenschaftspolitik im Kontext von Autarkie, Aufrüstung und Krieg (Stuttgart 2008).
- ² Dazu nun: A. C. Nagel, Hitlers Bildungsreformer. Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1934–1945 (Frankfurt am Main 2012). – Vgl. auch: U. Pedersen, Bernhard Rust. Ein nationalsozialistischer Bildungspolitiker vor dem Hintergrund seiner Zeit (Braunschweig 1994).
- ³ Goebbels Sicht auf Rust fand früh Eingang bei Helmut Heiber, Walter Frank und sein „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands“ (Stuttgart 1966) 641 f.
- ⁴ Den Anfang zu einer Neubewertung des Rust'schen Ministeriums machte N. Hammerstein, Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920–1945 (München 1999).
- ⁵ Das Folgende nach Nagel (Anm. 2) 40–49.
- ⁶ Allgemein dazu: K. G. A. Jeserich/H. Pohl/G.-Ch. von Unruh (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte 4. Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus (Stuttgart 1985) 112–137.
- ⁷ Dazu B. vom Brocke, Kultusministerien und Wissenschaftsverwaltung in Deutschland und Österreich: Systembrüche und Kontinuitäten 1918/19 – 1933/38 – 1945/46. In: R. vom Bruch/B. Kaderas (Hrsg.), Wissenschaften und Wissenschaftspolitik. Bestandsaufnahmen zu Formationen, Brüchen und Kontinuitäten im Deutschland des 20. Jahrhunderts (Stuttgart 2002) 193–214 hier 201–203. – Zur Geschichte des preußischen Kultusministeriums liegen inzwischen mehrere, von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften herausgegebene Bände vor. Vgl. hier nur: W. Neugebauer (Hrsg.), Das preußische Kultusministerium als Staatsbehörde und gesellschaftliche Agentur (1817–1934) 2.1. Das Kultusministerium auf seinen Wirkungsfeldern Schule, Wissenschaft, Kirchen,

- Künste und Medizinalwesen. Acta Borussica N. F. R. 2: Preussen als Kulturstaat (Berlin 2010).
- ⁸ Zit. nach Nagel (Anm. 2) 32.
- ⁹ Ebd. 75–77.
- ¹⁰ Der ungewöhnliche Ministeriumsaufbau erregte den Widerspruch des Staatssekretärs Wilhelm Stuckart, der deswegen auch bald darauf in das Reichsinnenministerium wechselte; dazu ebd. 76 f.
- ¹¹ Zur Finanzlage des Ministeriums ebd. 90–100.
- ¹² Die Aufnahme erfolgte am 1.3.1934, Heß hatte sich persönlich für von Staa eingesetzt; dies nach einem Dokument in den Personalunterlagen von Staas, Bundesarchiv (BArch), Berlin, PK L 377. – Zu dessen Tätigkeit vor 1933: Nagel (Anm. 2) 37–39.
- ¹³ Brief von Heß an Reichsschatzmeister Franz Xaver Schwarz vom 9.4.1934, BArch, Berlin, PK G 401.
- ¹⁴ Nagel (Anm. 2) 119 f.
- ¹⁵ Graf von Baudissin war unter Verdacht geraten, die von ihm indizierten Werke moderner Malerei unter der Hand verkauft zu haben. Dazu R. Möller, „Entartete Kunst in Soest“. Ausstellung im Wilhelm-Morgner-Haus der Stadt Soest vom 21. April bis 23. Mai 2003. Soester Zeitschr. 115, 2003, 114–125 hier 117.
- ¹⁶ Wiederholt mahnte der Amtschef die Bergung der Quadriga an. Dies wurde abgelehnt und die kunsthistorisch wertvolle Plastik im Bombenkrieg vollständig zerstört. Dazu Nagel (Anm. 2) 121 mit Anm. 231.
- ¹⁷ Vgl. Beitrag E. Buttler in diesem Band.
- ¹⁸ Nagel (Anm. 2) 199–202.
- ¹⁹ Vgl. Beitrag Schöbel in diesem Band.
- ²⁰ Hierzu sachkundig: D. Mahsarski, Herbert Jankuhn (1905–1990). Ein deutscher Prähistoriker zwischen nationalsozialistischer Ideologie und wissenschaftlicher Objektivität (Rahden/Westf. 2011).
- ²¹ Vgl. Beitrag Fehr in diesem Band.

Abbildungsnachweis

- 1** zeitgenössische Postkarte
- 2–3** ©Bildarchiv Foto Marburg
- 4** aus: W. Buttler, Merkheft zum Schutz der Bodentaler-tümer (o. O., o. J.) Titelblatt.

Gunter Schöbel

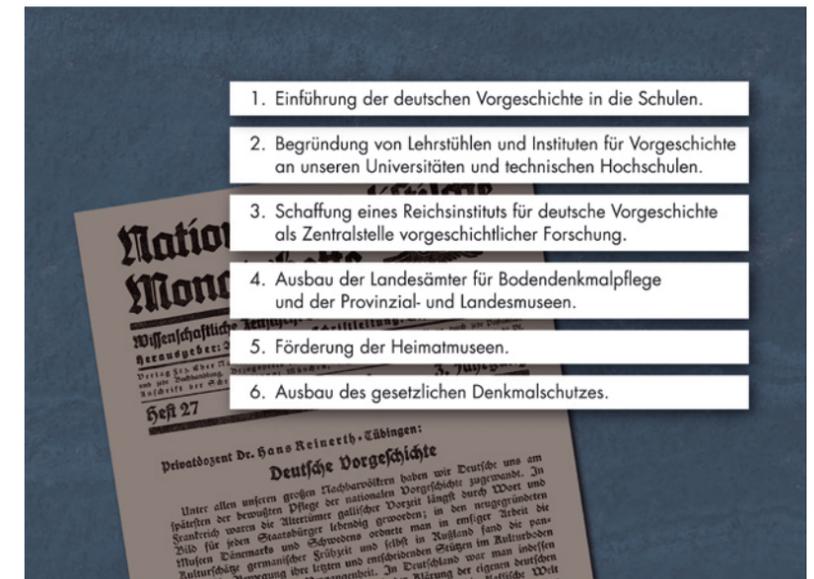
Die Einflussnahme des „Amtes Rosenberg“ auf die Rheinprovinz

Der Forschungsstand von Reinhard Bollmus 1970 bis 2012

Zu den Zielen des „Beauftragten des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“ („Amt Rosenberg“) zählten ab 1934 die Neuausrichtung der deutschen Vorgeschichtsforschung sowie der Aufbau eines Reichsinstituts für deutsche Vorgeschichte.

Die „Deutsche Vorgeschichtsforschung im Dritten Reich“ forderte nach den bereits 1932 in den Nationalsozialistischen Monatsheften durch Hans Reinerth vorgelegten Plänen (Abb. 1) eine reichsweite Koordination der wesentlichen Säulen der archäologischen Wissenschaft: der Lehre und Forschung an den Universitäten, des Denkmalschutzes in den Ländern und der Arbeit in den Museen und Schulen. Ein im Grundsatz moderner Plan, der jedoch die bestehenden Kulturhoheiten nicht respektierte, von der ethnischen Deutung der archäologischen Hinterlassenschaften ausging und unter dem Blickwinkel einer völkisch-ideologischen Deutung stand. Die Auseinandersetzungen in der Rheinprovinz begannen dabei nicht erst 1933 und es ging weniger um einen grundsätzlich methodisch unterschiedlichen Wissenschaftsansatz der Opponenten als vielmehr um eine organisatorische Klärung der Zuständigkeiten und Machtmittel mit Hilfe der Politik. Es war im Prinzip ein Kampf um Interessen, Geld, Stellen und Status im NS-Staat wie dies etwa zuletzt Anja Heuss, Christina Hebben, Judith Schachtmann und Thomas Widera, Martijn Eickhoff, Uta Halle, Jean Pierre Legendre und Otto H. Urban aufzeigen konnten.¹

Zur Umsetzung eines zentralen Reichsinstitutes bedurfte es der Mithilfe von Hochschullehrern und einflussreicher Organisationen, aber auch der Vereine, der NSDAP und ihrer Gliederungen. Daher musste eine grundlegende Gleichschaltung im Bereich der



großen Altertumsverbände möglichst schnell erfolgen, bevor andere dem „Amt Rosenberg“ im Machtapparat der NSDAP zuvorkommen konnten, beispielsweise Reichsminister Darré und Reichsführer SS (RFSS) Himmler mit ihren eigenen politischen und kulturellen Bestrebungen, bei denen eine Legitimation durch die Wissenschaften zunehmend wichtiger wurde.² Die von Alfred Rosenberg bereits 1928 initiierte Nationalsozialistische Gesellschaft für deutsche Kultur, später Kampfbund für deutsche Kultur (KfdK),³ der Gustaf Kossinna (Abb. 2) schon im Gründungsjahr angehörte, hatte nach der „Machtergreifung“ eine günstige Ausgangsposition und warb mit der Idee eines eigenen Reichsinstitutes. Diese war von der Kossinna-Schule (der Gesellschaft für Deutsche Vorgeschichte, GDV) erstmals 1925 – aber vorher schon von der Virchow-Schule (der Deutschen Anthropologischen Gesellschaft, DGAEU, 1919) – öffentlich vertreten worden, war also keine Erfindung des Rosenbergflügels.⁴ Die Bemühungen des „Amtes Rosenberg“ unter sei-

Abb. 1 Die Thesen Hans Reinerths zur Vorgeschichtsforschung in den Nationalsozialistischen Monatsheften vom 27. Juni 1932.

nem Beauftragten für die Vorgeschichte, Hans Reinerth (Abb. 3), ab 1934 Einfluss auf Forschung, Lehre, Denkmalpflege, Museen und Verbände auszuüben, scheiterten früh – so Reinhard Bollmus. Dies wurde bei der Lehre spätestens 1939 anlässlich der Auseinandersetzungen über die Salzburger Wissenschaftswochen der SS-Organisation „Ahnenerbe“ deutlich.⁵ Die Bestrebungen in Richtung der Vereine, Museen und Denkmalämter waren aber nach neuestem Forschungsstand bereits 1935 oder früher durch die Gegeninitiativen des Archäologischen Instituts des Deutschen Reiches (AIDR), der Römisch-Germanischen Kommission (RGK), der SS – wie etwa Uta Halle zeigen konnten – stark begrenzt worden.⁶ Der von Hanns-Joachim Apffelstaedt und Josef Terboven in der Rheinprovinz initiierte Zusammenschluss von Norddeutschem sowie Süd- und Westdeutschem Altertumsverband 1936 bildete diesbezüglich eine nach außen sichtbare Zeitmarke. Im Westen und insbesondere im Rheinland waren die politischen Entscheidungen gegen die Gruppe Reinerth hinter den Kulissen jedoch bereits im November 1933 gefallen. Das immer wieder um Vermittlung angerufene Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung („Reichserziehungsministerium“, REM) in Berlin mit Minister



Abb. 2 Kossinna, Engel und Reinerth auf der Tagung der GDV in Magdeburg im September 1928.



Abb. 3 Rosenberg und Reinerth am 16. Oktober 1937 in Unteruhldingen.

Bernhard Rust an der Spitze und die Verlautbarungen Adolf Hitlers zum Reichsinstitut erbrachten bei den Organisationsfragen keine entscheidenden Wendungen. Die Mitteilung Martin Bormanns vom 4. Juli 1940, dass der Reichsinstitutsplan bis zum Ende des Krieges ruhen soll, beendete die erfolglosen Versuche Rosenbergs, Zugriff auf die Vor- und Frühgeschichte in Deutschland zu erhalten, endgültig.⁷ Das Ende der Gleichschaltungsversuche auch im Rheinland durch das „Amt Rosenberg“ wurde durch die Einleitung von Ermittlungen gegen den Beauftragten des Amtes Hans Reinerth ab 1937 öffentlich. Die Ermittlungen führten zu Verhandlungen vor dem Obersten Parteigericht unter Parteirichter Walter Buch und endeten am 27. Februar 1945 mit dem Parteiausschluss Reinerths. Dies zeigt, dass die Bemühungen des „Beauftragten des Beauftragten“ in den Fußstapfen Gustaf Kossinnas und auch Rudolf Virchows wegen massiver Diskreditierungsversuche „der Gegner“ nicht fruchteten und mächtigere Gruppierungen und bessere Netzwerke innerhalb der Archäologie im NS-Staat die Oberhand behielten.⁸

Stabsleiter Gerhard Utikal zitiert am 23. März 1945 aus dem Urteil gegen Reinerth die Gründe für den Ausschluss: „Begründet wird der Beschluss [...] in erster Linie durch Ihre freundschaftlichen wissenschaftlichen Beziehungen zu Juden (Dr. Bersu-Frankfurt und M. Vierfelder-Buchau), die das Gericht als erwiesen annimmt. Aber auch die angebliche Diffamierung alter Kämpfer der NSDAP (Terboven, Haake, Apfelstädt usw. [SA-Angehörige; G. S.]) wird erwähnt. [...] In Wahrheit aber sind es die Ihnen schon seit Jahren feindlich gesinnten obersten SS-Kreise und das ‚Ahnenerbe‘, die schon hinter der Anklage standen und deren Wünschen sich der Chef der Parteikanzlei auch jetzt nicht entziehen konnte. Denn der Beschluss ist durch Reichsleiter Bormann bereits bestätigt“ (Abb. 4). Mit Forderungen zur Neuausrichtung der Vorgeschichtsforschung (Abb. 1) im „Dritten Reich“ in den NS-Monatsheften von 1932 und dem Parteiausschlussdokument von 1945 (Abb. 4) lassen sich die Vorstöße des Rosenbergflügels im Rahmen der Gleichschaltung und die Reaktion in der Rheinprovinz umklammern. Für eine breit angelegte quellenkritische Analyse stehen heute nach den grundlegenden Arbeiten von Bollmus, Bouresh, Pinsker, Kuhnen, Legendre et al. für die Fragestellung erstmals auch die Primärdokumente der Fachgruppe für deutsche Vorgeschichte im KfdK (1932–34), des Reichsbundes für Deutsche Vorgeschichte (1934–39) sowie die Privatkorrespondenz Hans Reinerths (1918–1986), der federführend

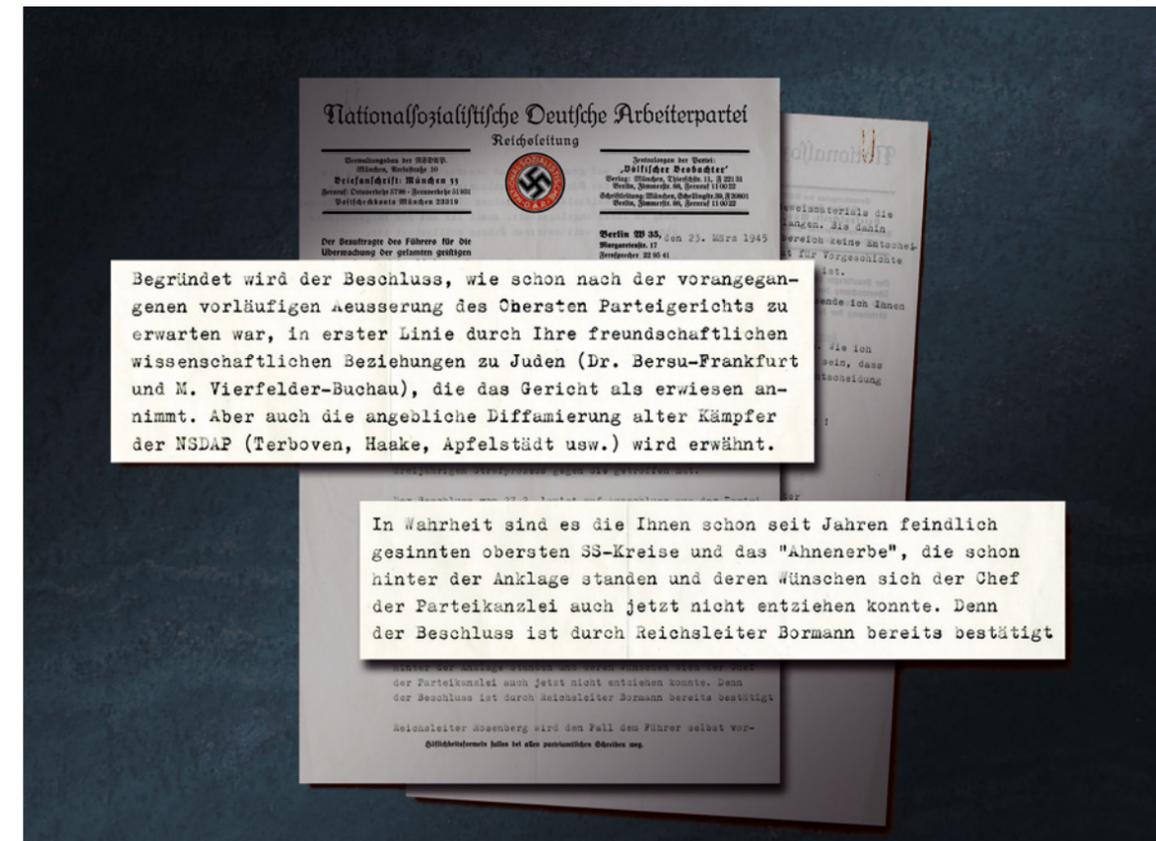


Abb. 4 Mitteilung von Stabsleiter Utikal, „Amt Rosenberg“, an Reinerth vom 23. März 1945, den Parteiausschluss betreffend.

die Rosenbergseite vertrat, im noch nicht vollständig erschlossenen Archiv Unteruhldingen zur Verfügung.⁹

Der aktualisierte Sachstand nach Erschließung der ersten Quellen zum KfdK des Archivs Reinerth 2012

6300 Briefe und Dokumente der Jahre 1930–1934 (von insgesamt 123 000 erhaltenen aus dem Zeitraum 1918–1986) des Tübinger Universitätslehrers sind vorhanden. Sie zeigen auf einer Verbreitungskarte Europas nach Orten (Abb. 5) die Dichte der vorliegenden Überlieferung in diesem Zeitraum für die Wissenschaftler im Lager Alfred Rosenbergs allein im Archivbestand Unteruhldingen an. Privat- und Geschäftsbriefe veranschaulichen das Beziehungsnetz des aus Bistritz in Siebenbürgen stammenden Urgeschichtlers, der bis 1928 unter seinem Lehrer Robert Rudolf Schmidt stellvertretender Generalsekretär und Schriftleiter der DGAEU und ab 1929 auf Anregung Gustaf Kossinnas stellvertretender Schriftführer der GDV war. Häufungen auf der nicht quantifizierten Verbreitungskarte für Deutschland (Abb. 6) treten bei

den Briefkontakten im württembergischen Raum um Tübingen, seinem Wohn- und Arbeitsort bis 1934, in den Ausgrabungsrevieren Süddeutschlands und der Schweiz sowie um Berlin auf. Eine Exkursion nach Skandinavien, eine Konzentration in Frankfurt bei der RGK und eine in München ist zu erkennen. Die Rheinprovinz mit den Zentren Köln, Bonn, Trier ist dagegen schwächer repräsentiert. Ein starker Kontaktpunkt liegt in Duisburg-Hamborn, dem Wohnort des Kossinna- und Schmidt-Schülers Rudolf Stampfuß¹⁰ (Abb. 7), dessen Korrespondenz im Abgleich mit den bekannten Quellen die Entwicklung in der Rheinprovinz in diesen Jahren skizziert.

Nach Aktenlage beauftragte Hitler Rosenberg 1927 mit der Entwicklung der Nationalsozialistischen Gesellschaft für deutsche Kultur, die am 4. Januar 1928 in München gegründet und am 19. Dezember 1928 in Kampfbund für deutsche Kultur umbenannt wurde.¹¹ Gründungsmitglieder waren Heinrich Himmler, Georg Strasser, die Verleger Hugo Bruckmann und Julius Friedrich Lehmann, Winifred Wagner, aber auch Gustaf Kossinna.¹² Auch der spätere preußische Minister für Erziehung, Bernhard Rust, entstammte diesen Reihen, die sofort als „kulturpolitische Sozia-



Abb. 5 Verbreitung der Briefe Reinerths 1930–1934 in Europa nach Orten im APM, Unteruhldingen.



Abb. 6 Verbreitung der Briefe Reinerths 1930–1934 in Deutschland nach Orten im APM, Unteruhldingen.

lisationsagentur“ für die NSDAP tätig wurde. Reinerth erhielt am 19. Januar 1928 einen Brief von Rosenberg im Namen der Gesellschaft – offensichtlich auf Initiative seines Ziehvaters Kossinna – mit der Bitte um Mithilfe. Reinerth antwortete nicht. Zwei Jahre später, im März 1930, ist ein zweiter Kontakt zu Rosenberg anlässlich einer Beschwerde Reinerths hinsichtlich eines kritischen Artikels zu seinen Ausgrabungen im Federseemoor im Völkischen Beobachter belegt. Wieder fast zwei Jahre später, im Dezember 1931, kam es dann zum Dammbruch. Reinerth wurde von Fachkollegen aus Württemberg beschuldigt, an einer Intrige um die Entlassung des Tübinger Institutschefs Schmidt beteiligt gewesen zu sein, was nach heutiger Quellenlage nicht der Wahrheit entsprach.¹³ Er erfuhr, dass seine wissenschaftliche Karriere damit gescheitert war. Hierfür gab er den bestehenden Strukturen in der Archäologie und nicht den Vertretern der örtlichen NSDAP und SA unter dem Tübinger Institutsfotografen Heinz Dürr, die die Affäre über Presseberichte und interne Schreiben angezettelt hatten, die Schuld. Es folgte der Eintritt in die NSDAP. Gustaf Kossinna, der ihn stets als seinen Nachfolger gesehen hatte, wie aus den späteren Korrespondenzen und Kontakten seiner Frau Margarethe (Abb. 8) zu Stampfuß¹⁴ und der Mutter Reinerths, Ottilie¹⁵ (Abb. 9), deutlich wird, starb im selben Monat. Die Diktion der Reinerth'schen Briefe änderte sich innerhalb weniger Tage über den Jahreswechsel 1931 zu 1932 von freundlich-beflissen-vorsichtig zu kompromisslos-dirigistisch-radikal mit den kennzeichnenden Sentenzen der „Lingua Tertii Imperii“ durchsetzt – wie diese politisch intendierte Sprache seit dem „LTI – Notizbuch eines Philologen“ von Victor Klemperer (1947) bezeichnet wird.

Sein Privatdozentenstipendium wurde gekürzt. Seinen Unterhalt bestritt der aus finanziellen Gründen bis zu seinem Umzug nach Berlin 1934 zusammen mit seiner Mutter Ottilie Reinerth in Tübingen wohnende Universitätslehrer mit Ausgrabungen in Südwestdeutschland und der Schweiz. Er entwarf das bekannte Thesenpapier zur „Deutschen Vorgeschichte im Dritten Reich“. Am 30. Dezember 1931 bestätigte Rosenberg den Beitritt zum KfdK. Am 25. März 1932 waren 20 Fachprähistoriker, am 1. Mai 1933 bereits 24 Hauptamtliche, sechs Nebenamtliche, 19 Studierende und sieben Freunde deutscher Vorgeschichte, Ende 1933 schließlich 70 Fachleute im Kampfbund organisiert.¹⁷ Für das Rheinland trat am 17. Februar 1932 Rudolf Stampfuß aus Duisburg bei, der als der NSDAP Nahestehender sofort Gleichgesinnte für eine Ortsgruppe und für die „gemeinsame Sache im Reich“

suchte, wie einem Schreiben vom Tage von ihm an Reinerth zu entnehmen ist.

Es ist festzuhalten, dass die Bemühungen von Stampfuß, eine gut dotierte Festanstellung an einem großen Museum oder an der Universität zu erhalten, die seiner archäologischen Ausbildung in Berlin und Tübingen entsprochen hätte, bis dahin erfolglos gewesen waren.¹⁸ Wie bei Reinerth kann eine sozialgeschichtliche Perspektive – wie von Ulrich Veit¹⁹ zur präziseren Fachgeschichtsschreibung und Durchleuchtung der Politisierungsphänomene jüngst gefordert – helfen, die Beweggründe für den Typ des „frühen Kampfbundprähistorikers“ zu ermitteln, der sich „germanisch“ und durch einen „Kossinna-Kult“²⁰ legitimiert und von antibürgerlichen Ressentiments getragen sich gegen die arrivierte Wissenschaft stellte und seine Radikalisierung vollzog. Für die kritische Kontextualisierung²¹ der handelnden Personen wäre die Betrachtung der Sozialprofile hilfreich, wenn auch dadurch keine Rechtfertigung für die Politisierung der wissenschaftlichen Prozesse aus heutiger demokratischer Sicht – eher vielleicht noch eine Erklärung für sich herausbildende, in extremer „Gegnerschaft“ polarisiert verbundene Wissenschaftlergruppen – zu finden wäre.

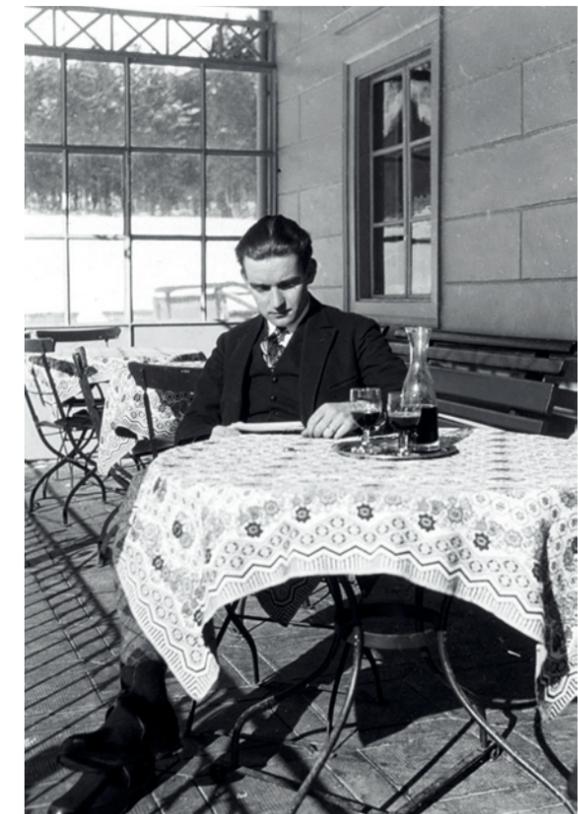


Abb. 7 Rudolf Stampfuß ca. 1928 in Tübingen.



Abb. 8 Margarethe und Erwin Kossinna im Arbeitszimmer von Gustaf Kossinna.

Eine vermeintliche Benachteiligung der NS-Protagonisten erklärt noch nicht den Übergang vom latent vorhandenen Weimarer Revisionismus im Kulturbetrieb der 1920er Jahre hin zum bedingungslosen „Kampf“ gegen Fachkollegen.²² Dieser Schlüsselvorgang – zu datieren noch vor der „Machtergreifung“ – braucht weitere Erklärungen, die außer in der Herkunft im jeweiligen Glaubensbekenntnis oder der So-

Abb. 9 Ottilie Reinerth.



zialisierung, in der Berufsausbildung, im Hass gegen die Republik der Zwischenkriegsjahre und der hierarchisch geprägten politischen Ordnung auch in der eigenen Perspektivlosigkeit im neuen Staat und der großen wirtschaftlichen Krise der Zeit gelegen haben dürften.²³ So formuliert Stampfuß gegenüber Reinerth in Kenntnis der rheinischen Verhältnisse noch 1930: „Ich hatte vor, mich in Bonn zu bewerben, doch scheitert das an dem falschen Gesangbuch. Bei der Rheinprov. ist keinerlei Aussicht anzukommen, wenn man nicht den päpstlichen Segen hat und außerdem noch Zentriümler ist.“²⁴

1932 empfahl er für Rosenbergs Kulturkampftruppe bereits die nicht rheinischen Forscher: Lothar Totz, Ernst Petersen, Bolko von Richthofen, Kurt Tackenberg, Walter Frenzel, Carl Engel, Werner Radig, Walther Matthes, Georg Raschke, Jörg Lechler, Werner Hülle – und warnte in neuer Schärfe vor dem „Judenlümmler“ Carl Schuchhardt²⁵, vor Martin Jahn, Gerhard Bersu, Ernst Sprockhoff, Paul Reinecke, Otto-Friedrich Gandert, Karl Hermann Jacob-Friesen „als der Römerseite angehörend“, und weiter vor den „Germanenphantasten Hermann Wirth und Wilhelm Teudt“.²⁶ Dabei stand Stampfuß, der sich schon 1927 geschworen hatte, „die römisch-katholisch-humanistisch-verkalkte Römlingsforschung im Rheinlande“ mit Hilfe seines (Kossinna-)Vereins „auszumerzen“, nicht alleine. Die Frontstellung innerhalb der Forschung zwischen germanisch-völkischer und römisch-germanischer Richtung, den „Germanischen“ im Norden und Osten und den „Römlingen“ im Westen und Süden ist aus heutiger Sicht kaum nachvollziehbar, lässt sich aber auf Kossinna als Nachfolger Virchows in Berlin und sein für viele junge Wissenschaftler prägendes Paradigma der Vorgeschichte, vorgebracht in zahlreichen Schriften und im Rahmen seiner Professur für „Deutsche Archäologie“ ab 1902 zurückführen.²⁷ 1935 zitierte Stampfuß sein Vorbild, den 1931 verstorbenen Kossinna, in einer Biografie des „Altmeisters“ apologetisch nach einer Briefnotiz von diesem aus dem Jahre 1908: „Die Römlinge hätten nicht durchdringen können, wenn sie einer organisierten Phalanx der Prähistoriker gegenüber gestanden hätten, die im Zeichen der Wissenschaft gekämpft. Die Niederlage ist unser – Menetekel. Ich werde mit Schmeicheleien eingelullt, um still zu sein, wenn die Klassiker von der Zentrale aus auch den Norden und Osten unterjochen, mit ihren Leuten besetzen, alle Leistungen der eigentlichen Prähistoriker zwar gierig ausnutzen, dann aber mitleidig die Achsel zuckend sie der Vergessenheit übergeben, um sich selbst als neue Heilsära auszuposaunen.“

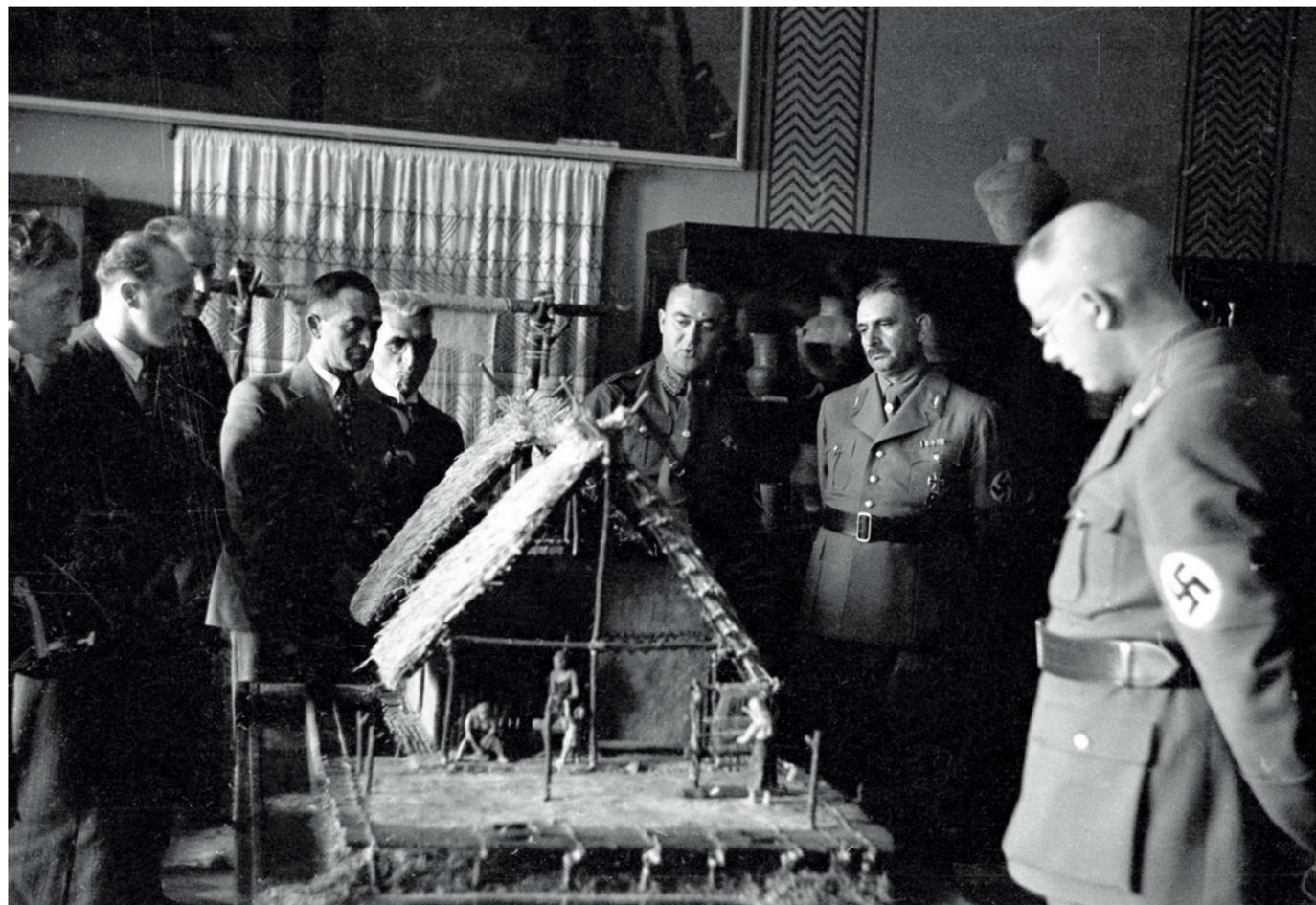
Sie erhalten natürlich Geld, so viel sie wollen, gründen eine neue Zeitschrift, machen die Provinzmuseen erst durch kleine Geschenke kirre und geschmeidig, um sie dann, statt des Zuckerbrotes, auch die Peitsche kosten zu lassen. Wenn wir uns nicht sofort organisieren, sind wir verloren. Diese Erkenntnis liegt in der Luft: Also los von Rom und los von der Anthropologie und Ethnologie.“²⁸ – ein deutlicher Kampfaufruf gegen die süd- und westorientierte Forschung, ihre Staatsfinanzierung, gegen die Stellenbesetzungs- und Institutionenpolitik, eine Abgrenzung zum internationalen Ansatz anthropologischer Forschung. Stampfuß begriff wie Reinerth im Dezember 1931 den Tod Kossinnas als Startschuss für die eigene germanische Sache, wusste den Osten bereits lange vor der „Machtergreifung“ hinter sich: „[...] die Jugend in Breslau ist Nazi bis auf die Knochen.“ Er hatte die Unterstützung der Witwe Kossinnas mit ihren vorzüglichen Verbindungen in Politik und Wissenschaft²⁹ und machte sich dafür stark, dass „einige Römlinge mit Dampf entfernt werden“. Er überlegte sich weiter, wie „die Einwirkung der Römlingsseuche und die Vermehrung der Schweinehunde“ publizistisch zu bekämpfen sei.³⁰ Maliziöse Berichterstattungen und Handlungsanweisungen für Reinerth legen das Denken der Kampfbandtruppe, die sich als politische Speerspitze der Wissenschaft auch in der Archäologie verstand, offen. Am 10. Februar 1932 hielt Alfred Rosenberg als 1. Vorsitzender des KfdK im Schillersaal des Museums in Tübingen einen Vortrag mit dem Titel „Der Schicksalskampf der deutschen Kultur“. Der Andrang war so groß, dass die Veranstaltung polizeilich gesperrt werden musste.³¹ Ab März 1932 begann Stampfuß im Auftrag Reinerths den Aufbau einer Kartothek rheinischer Prähistoriker (Rheinland, Hessen, Baden, Elsass) mit Lebensdaten und Bildungsgang. Vorträge, so Stampfuß, zur „allgemeinen Volksbildung zur deutschen Sache“ wurden gehalten, eine Initiative für die deutsche Vorgeschichte an den Schulen wurde entwickelt.³² Der Aufruf „Die Deutsche Archäologie am Scheidewege“ war im April fertiggestellt. Ende 1932 erhielt Stampfuß die Leitung der KfdK-Fachgruppe „Landesbezirk Nordwest des Westdeutschen Kampfbundes“. Der Beitrag zur deutschen Vorgeschichte erschien in der NS-Monatsschrift „Die Sonne“ im Armanen-Verlag Leipzig.³³ Anfang 1933 sollte durch Herbert Kühn, Franz Oelmann und Gerhard Bersu eine Jungprähistorikerstelle in der Rheinprovinz geschaffen werden, für die Hermann Schroller als Kandidat des KfdK protegiert wurde. Stampfuß hatte Interesse an der Professur in Köln.

Die Diffamierungen des Kölner Professors Herbert Kühn³⁴ als „Halbjuden“ („Rademacher behauptete, dass dieser Jude sei“), Gero von Merharts in Marburg („zwar Jesuit, aber gegen die katholische Kirche“), Bersu und Wilhelm Unverzags („Juden“) in den Briefen von Stampfuß an Reinerth zielten ab Juli 1932 mit allen Mitteln auf die wenigen damals vorhandenen Stellen in der Denkmalpflege, in den Museen und an den Universitäten im Rheinland. Selbst vor Nachfragen zur Ahnenreihe Kühns bei der Ortsgruppe der NSDAP in Beelitz, seinem Geburtsort – einem Verfahren, das im übrigen auch bei Gerhard Bersu, dem Direktor der RGK in Frankfurt, Anwendung fand³⁵ – wurde dabei nicht zurückgeschreckt.³⁶ Die Lehrstühle im Grenzland des Ostens und Westens hatten im Geiste Kossinnas erste Priorität besetzt zu werden.³⁷ Rosenberg und die politischen Leiter in Berlin wurden zur Unterstützung der Pläne bestürmt;³⁸ eine Eingabe von Stampfuß an den Kultusminister sollte im Rheinland Abhilfe bei einer seiner Ansicht nach falschen Stellenbesetzungspolitik schaffen, drang jedoch nicht durch.³⁹ Vorträge auf Gautagungen zu Heimatmuseen, vor dem NS-Schüler- und -Lehrerbund wurden geplant, Gespräche im März 1933 mit dem 1. kommissarischen Bürgermeister und Kampfbandleiter Kölns, Robert Brandes, der Konrad Adenauer abgelöst hatte, mit Kunstdezernent Wilhelm Ebel und mit Rademacher von der Kölner Anthropologischen Gesellschaft durchgeführt. Mitgliedersuche und -werbung für den KfdK zur Stärkung der eigenen operativen Basis standen im Vordergrund. Rauschhafte Fantasien, Köln und Duisburg mit eigenen Vertretern der neuen politischen Richtung zu besetzen, bestimmten die ersten Tage nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten. Pläne für eine stärkere Einbindung des Rundfunks kursierten. Am 31. März 1933 wurde das Gleichschaltungsgesetz erlassen. Es folgte zum 7. April unter der Ägide von Reichsminister Wilhelm Frick das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, das es den nationalsozialistischen Machthabern erlaubte, jüdische und politisch missliebige Beamte aus dem Dienst zu entfernen.⁴⁰ Doch schon im April 1933 wendete sich das Blatt. Werner Buttler, ein Schüler Merharts, Parteimitglied seit drei Jahren, gestützt von Bersu und Fritz Fremersdorf, war für das Kölner Museum für Vor- und Frühgeschichte im Bayenturm vorgesehen.⁴¹ Carl Rademacher, noch Leiter des Museums, war laut Stampfuß gegen diesen nationalsozialistischen „Römling“ und drohte, das Museum bei Buttlers Verpflichtung als Direktor nicht mehr betreten zu wollen.⁴²

Stampfuß machte für die Unwirksamkeit des Protestes von Rademacher den Kölner Klüngel verantwortlich und kümmerte sich daraufhin um die Besetzung weiterer Stellen für Fachmänner in Köln, Koblenz, Aachen und Duisburg.⁴³ Im Mai 1933 beschwerte er sich, dass jetzt Material gegen ihn bei der Regierung in Düsseldorf zusammengetragen würde und Franz Oelmann als Direktor des Provinzialmuseums in Bonn eine Eingabe in der Angelegenheit Museen, Denkmalpflege, Prähistorische Kommission an das Ministerium gemacht habe. Gemeinsam mit dem Landesleiter Kampfbund Rhein-Saar, Dr. Josef Spiegel, arbeitete er dagegen an, übernahm die dortige Fachgruppe des KfdK und versuchte, Landesleiter und Gauleiter hinter sich zu bringen.⁴⁴ Dies scheiterte ebenso und auch die Fachgruppe Mainz drohte an Ferdinand Kutsch und nicht an den eigenen Mann, Werner Schnellenkamp, zu kommen. Verzweifelt und letztlich erfolglos sendete Stampfuß Anträge zur Neuregelung der Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz und der Provinzialmuseen an den Landeshauptmann der Rheinprovinz

Düsseldorf und die Stadtverwaltung Koblenz.⁴⁵ Die Angriffe auf Kühn, um mit politischer Diffamierung im Sinne des NS-Staates an den Lehrstuhl zu kommen, wurden fortgesetzt. Stampfuß schildert das beabsichtigte Vorgehen in einem Brief vom 17. Mai 1933 an Reinerth: „Wenn gegen Kühn bis zum 10. Juni nichts zu unternehmen ist [durch die vorgesetzten Behörden; G. S.], mache ich die Studenten SA, in der auch Karl Krings ist, mobil und dann wird nach bewährtem Muster Volkserregung erzeugt. Das hilft auf alle Fälle, wenn es unvorher geahnt hereinplatzt.“⁴⁶ Diese überaus unwürdige Vorgehensweise durch die radikalen politischen Kräfte innerhalb der Wissenschaft, bekannt etwa auch aus Tübingen im Falle der Hetzartikel der ehemaligen Freikorps-Kämpfer und SA-Männer Heinz Dürr und Gustav Riek gegen ihren Lehrer und Dienstherrn R. R. Schmidt ab 1930 – und von Hans Reinerth ab 1933 – war vor dem Hintergrund der Zeit anscheinend nichts Ungewöhnliches.⁴⁷ Die Anwendung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums führte nach der Gründung

Abb. 10 Bernhard Rust (2. v. r.) in der Lehrsammlung des Urgeschichtlichen Institutes Tübingen am 6. Mai 1935 in Begleitung von Gustav Riek (Urgeschichte; 3. v. r.), Gustav Bebermeyer (Deutsche Volkskunde; 4. v. r.), Wilhelm Gieseler (Anthropologie und Rassenkunde; 5. v. r.), Friedrich Focke (Universitätsrektor), Edwin Hennig (Geologie; 6. v. r.).



Kampf um die deutsche Vorgeschichte

K. Zu diesem aktuellen Thema sprach am Freitag abend auf Einladung der Bonner Ortsgruppe des Kampfbundes für Kultur im überfüllten Hörsaal 9 der Universität Vg. Dr. Stampfuß, der verdienstvolle Begründer und Leiter des im Westen einzigartigen Museums für niederrheinische Vorgeschichte und Volkshunde in Duisburg-Hamborn.

Nach herzlicher Begrüßung durch den Leiter der Kampfbund-Ortsgruppe, Vg. Eugen Hollerbach, begann der Vortragende seine Ausführungen mit einem kurzen Ueberblick über die belächelt spärliche Tradition dieser jungen vorgeschichtlichen Wissenschaft. Nur ganz vereinzelte Untersuchungen von Aufenseitern konnten dabei genannt werden. Und auch solche Darstellungen blieben weitgehend überschattet von dem völlig unbegründeten Vorurteil humanistisch orientierter Bildung, welche unjüngere Vorfahren gern als bärartige Wilde zu betrachten pflegte, die nach dem bekannten Stubentenliebe zu beiden Seiten des Rheines auf der Bärenhaut lagen oder als Jägerhorde durch Urwald und Sumpf streifen und denen erst von der im Schutze der römischen Militärgrenze einbringenden provinziärrömischen Zivilisation die nötige Bildung beigebracht worden sei.

An notwendigen knapper Darstellung nachzuweisen, daß dem nicht so ist, galt der Hauptteil des Vortrages, in dem Vg. Dr. Stampfuß in höchst anschaulicher Weise, unterstützt durch ein reiches Bildmaterial, seinen Hörern einen Begriff gab, von der hohen Kultur z. B. der etwa das zweite vorchristliche Jahrtausend ausfüllenden sog. Bronzezeit.

Derode über diese Epoche unterrichtet uns ein besonders reiches Fundmaterial (Spangen, Gefäße, Waffen usw), daß ob seiner unerhörten technischen und ästhetischen Vollkommenheit auch den Menschen des Maschinenalters ein berechtigtes Erkennen abwinnen muß. Immer wieder, das war Montag, 19. Juni 1933 — Nr. 142 — Jahrgang 9

der wesentlichste Inhalt der hochinteressanten Ausführungen, konnten die Hörer feststellen, wie sich im wechselnden Rhythmus der „Eile“ die Zeugnisse einer bodenständigen Kultur von spezifisch nordischem Wesensgehalt aneinanderreihen, deren Eigenart besonders in dem Augenblicke deutlich wird, in dem — vom Rhein her — die Erzeugnisse der städtischen Kultur des Mittelmeerraumes fremdartige Anregungen in die heimische Tradition hineintragen und wo in solcher Durchdringung der Keim gelegt wird zu einer schon als Verfallerscheinung anzusprechenden Uebersteigerung des Formenreichtums in der Spätzeit der Völkerwanderung.

Durch die sachliche Darstellung hindurch, deren Inhalt hier unmöglich wiedergegeben werden kann, klang aber immer wieder der bittere Vorwurf an die Altertumswissenschaft — deren hiesige Vertreter übrigens bemerkenswerterweise nicht erziehen waren! —, die in vollstänbiger Verkennung ihrer nationalen Aufgabe sich kaum jemals ernsthaft um eine Sicherung und Erforschung der eigenen völkischen Urgeschichte bekümmert hat. Sehr im Gegensatz zu unseren Nachbarvölkern, die durch Errichtung von Instituten und Lehrstühlen diese Wissenschaft benutzt in den Dienst der Nation, mehr noch der praktischen Politik stellten, um wie beispielsweise Polen bezgl. Ostmark und Ostpreußen mit Bodensunden und bergleichen machtpolitische Ansprüche geschichtlich zu unterbauen.

Deutschland hat demgegenüber nur einen vorgeschichtlichen Lehrstuhl (Berlin), der zudem augenblicklich durch den Tod von Prof. Kossinna verwaist ist. Und während andererseits für die Erforschung fremden Volkstumes (Griechenland, Ägypten, Vorderasien . . .) den Deutschen Archäologischen Instituten Millionen zur Verfügung standen, während sich die großen Altertums Museen besonders des Westens mit dem sorgfältig behüteten Kulturschatz römischer Grenzgarisonen und Provinzhäute füllten, war für die Wissen-

schaft, die der Erkundung unserer eigenen völkischen Vorvorgangheit, der Quellen unserer Kultur und Rasse dienste, kein Vennig zur Verfügung.

Wie auch hier die neue Staatsführung Wandel schaffen kann, deutete Vg. Dr. Stampfuß in einigen Mindestforderungen an, mit denen er seinen von lebhaftem Beifall begleiteten Vortrag schloß:

1. Schaffung von Reichsinstituten für deutsche Vorgeschichte.
2. Errichtung von vorgeschichtlichen Lehrstühlen im bedrohten Grenzland (Königsberg, Breslau, Köln).
3. Einführung der deutschen Vorgeschichte in den Schulen in zumindest dem gleichen Maße wie heute die Vorgeschichte der Griechen, Römer und Juden.
4. Ausbau der Landesämter für Denkmalpflege, der Provinzial- und Landesmuseen, Förderung der Heimatmuseen.
5. Vorgeschichtliche Landesausnahme im ganzen Reichsgebiet.
6. Verschärfung der Bestimmungen über den Denkmalschutz (einbeiliches Denkmalschutzgesetz).
7. Zusammenarbeit mit den nördlichen Ländern, die das germanische Altertum mit uns teilen.

Vg. Hollerbach dankte dem Redner und gab dann unter dem Beifall der Anwesenden den Wortlaut folgenden Telegrammes bekannt:

An den Herrn Kultusminister R u f
Berlin.

Die anlässlich einer vom Kampfbunde für deutsche Kultur einberufenen Kundgebung für deutsche Vorgeschichte versammelten Dozenten, Studenten und Lehrer fordern vom Kultusministerium wirklame Maßnahmen zur Pflege deutscher Vorgeschichte, insbesondere Errichtung eines ordentlichen Lehrstuhles für deutsche Vorgeschichte im Westen und Einführung der deutschen Vorgeschichte als Pflichtfach in den Lehrplan der Schulen.

H o l l e r b a c h, Ortsgruppenführer.

des REM unter Fricks Nachfolger Bernhard Rust dazu, dass alleine etwa 1000 Hochschullehrer in der Folgezeit, vor allem Juden, Sozialdemokraten und Liberale, Stellung und Beruf verloren.⁴⁸ Hochschulpolitisch vermochte es die Urgeschichte, aber auch die Vor- Frühgeschichte, rasch zu reüssieren. Neue Lehrstühle entstanden und die Interdisziplinarität wie etwa in der Fächertrias zwischen Deutscher Volkskunde, Anthropologie und Rassenkunde sowie Urgeschichte in Tübingen (Abb. 10; vgl. Doppelseite XXS–XXS) wurden konzentriert von höchster Stelle aus gefördert. Herbert Kühn wurde zwei Jahre später, 1935, seitens der Verwaltung seines Amtes enthoben. Überraschenderweise erklärte Stampfuß in einem Schreiben vom 18. Juni 1933 gegenüber Reinerth die, wie er es sah, Nutzlosigkeit des Kampfbundes und das Scheitern seiner Aktivitäten in Mainz und Bonn. Er kündigte an, seine Ortsgruppenleitung des KfdK niederlegen zu wollen und bemängelte das Fehlen von Richtlinien seitens der Reichsleitung. Dies deckt sich mit den Ergebnissen von Bettina Bouresh, die das Ende der Bemühungen von Stampfuß in den Oktober 1933 nach der Verpflichtung des SA-Gruppenführers

Apffelstaedt für Bonn durch Landeshauptmann Heinrich Haake setzt.⁴⁹ Stampfuß gab drei Monate nach der „Machtergreifung“ bekannt, dass er gerade um seine Aufnahme in die SS nachgesucht habe und empfahl Reinerth (!) selbst dort einzutreten und sich um das „Rassensiedlungsamt der SS“ zu bemühen: „Sie haben dann gegen alle Angriffe eine Verteidigung, da Sie fast unfehlbar sind. Uns wurde von der Führung eingepflichtet, in der Frage des Rassensiedlungshauptamtes verbieten wir uns jede Kritik, mag sie herkommen, wo sie will.“⁵⁰ Zeitungsartikel wie „Kampf um die deutsche Vorgeschichte“ (Stampfuß) im Westdeutschen Beobachter vom 19. Juni 1933 (Abb. 11), von Dr. Ernst Lang im Bonner Beobachter vom 16. Juni 1933 oder der Ortsgruppe Mainz stellten die Kampfbundforderungen in den Mittelpunkt.⁵¹ Reinerth beantragte die Erweiterung der GDV zum Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte und ernannte Stampfuß zum Landesleiter der Rheinprovinz und der Länder Hessen und Hessen-Nassau. Ziel war erneut die Übernahme einzelner Museumsstellen in Koblenz und Aachen. Im Sommer wurde in Württemberg ein Disziplinarverfahren gegen Reinerth eingeleitet, das er mit Hilfe des dortigen

Abb. 11 „Kampf um die deutsche Vorgeschichte“. Artikel im Westdeutschen Beobachter vom 19. Juni 1933.

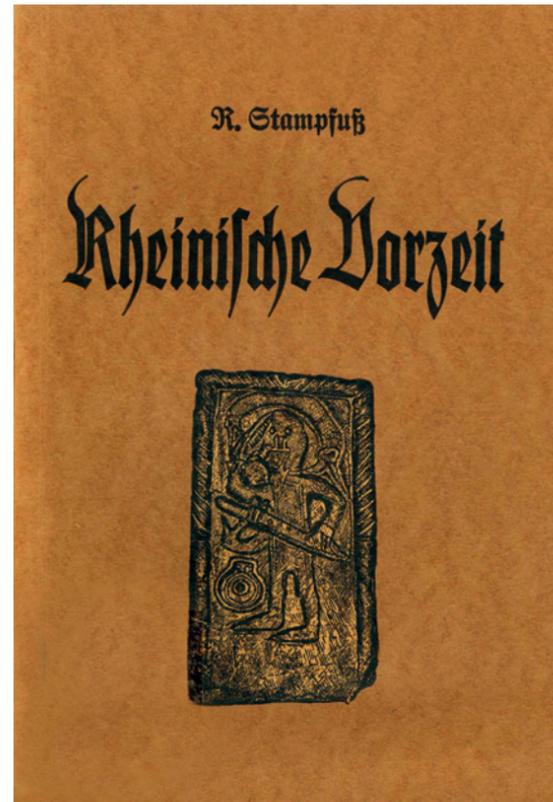


Abb. 12 Titelblatt von R. Stampfuß, Rheinische Vorzeit.

Ministerpräsidenten überstand. Vermerkt wurde im Abschlussbericht allerdings, dass „er beim Kampf oftmals die Grenzen des Anstandes überschritten habe“. Im Oktober wurde in Reichsbundkreisen bekannt, dass Standartenführer Apffelstaedt, ein Kunsthistoriker, von Landeshauptmann Haake den Auftrag für ein Gutachten und Pläne zur Neuaufstellung des Provinzialmuseums Bonn erhalten hatte. Stampfuß bemerkte dazu: „Ich habe gar keine Möglichkeit, gegen die alten PGs [Parteigenossen; G. S.] dort etwas zu unternehmen und werde mich gänzlich von diesen Dingen zurückziehen.“⁵² Die „Rheinische Vorzeit“ ging als Schulungsbuch in Druck (Abb. 12).⁵³ Fritz Fremersdorf und Siegfried Loeschke wurden als Freunde des Bundes vorgeschlagen. Stampfuß hielt Vorträge vor dem Lehrerbund und teilte Ende des Jahres mit, dass Köln und Koblenz jetzt verloren seien.⁵⁴ Reinerth nahm in dieser Phase nach eigenem Bekunden mit allen Mitteln den Kampf gegen Theodor Wiegand als Leiter des AIDR in Berlin auf. Sein Ziel war in der kulturpolitischen Auseinandersetzung die Reichsbeauftragung nachdem der institutionelle Weg auf Länderebene gescheitert war.⁵⁵

Die weiteren Entwicklungen nach der Inauguration Alfred Rosenbergs 1934

Am 24. Januar 1934 erhielt Rosenberg von Hitler die Vollmacht für die Überwachung „der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP“. Das „Amt Rosenberg“ war begründet. Am 24. März 1934 wurde Reinerth zum Berater Rosenbergs ernannt, zuständig für die germanische Vorgeschichte.⁵⁶ Die alten Kampfbund- und Reichsbundforderungen wurden jetzt zu den geplanten offiziellen Einflussnahmen, die der Forschung seit Reinhard Bollmus als Angriffe des „Amtes Rosenberg“ im Rahmen der aktenkundigen Gleichschaltung bekannt sind. Bereits am 5. März 1934 hatte Landeshauptmann Haake die Leitung der Konkurrenzorganisation Reichsbund Volkstum und Heimat übernommen und Teile des Kampfbundes im Rheinland dort integriert. Der Reichsbund Volkstum und Heimat war über die Historiker Karl Alexander Müller und Werner Georg Haverbeck mit der Reichsleitung, Rudolf Heß, direkt verbunden und bevollmächtigt. Es war in den Hauptzielen „Gleichschaltung“ und „Reichsinstitut“ ein Hin und Her, das stichwortartig und mit Ergänzungen abschließend als Beispiel für den Kompetenz-Wirrwarr und die politischen Einflussmöglichkeiten im NS-Staat dienen soll und zeigen kann, dass die bisherige einseitige forschungsgeschichtliche Betrachtung von nur zwei konkurrierenden Gruppen der Vorgeschichtsforscher nach der Einrichtung des „Amtes Rosenberg“ als polarisierendes Paradigma zur Erklärung der Verhältnisse während der NS- und der folgenden Nachkriegszeit⁵⁷ zu kurz greift und die Sachverhalte noch nicht vollständig erklärt.

Im Oktober 1934 nahm sich die Gruppe Rosenberg den Zusammenschluss der vier großen Altertumsverbände in Deutschland vor. Der Ost- und der Mitteldeutsche Verband für Altertumsforschung traten der neuen Organisation bei, der Nordwestdeutsche und der West- und Süddeutsche Verband im Mai und Juni 1935 nicht (Abb. 13). Beachtenswert ist, dass bereits 1934 20 von 25 Einzelvereinigungen im Rheinland, darunter das Landesmuseum in Bonn unter Oelmann als Direktor, die Gesellschaft für nützliche Forschungen in Trier und der Deutsche Bund Heimatschutz den Beitritt zum Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte nicht vollzogen und abgelehnt hatten.⁵⁸ 1939 waren vier von 25 Geschichtsvereinen im Rheinland Mitglied im Reichsbund, in Summe nicht einmal 20 %. Die im September 1935 erzwungene Gleichschaltung des Nordwestdeutschen Verbandes wurde bereits im

Oktober vom Vorsitzenden Gustav Schwantes wieder annulliert. Der Vorsitzende des Südwestverbandes Kutsch suchte im Oktober 1935 „Hilfe“ bei der SS und der Gestapo aufgrund massiver Diskreditierungen von Seiten der Gruppe Reinerth.⁵⁹ Im Juni 1936 schlossen sich der Nordwest- sowie der West- und Süddeutsche Verband unter Apffelstaedt zusammen und schufen im Bereich der Verbände deutlich Fakten. Daraufhin sah Reinerth von weiteren groß vorgetragenen Versuchen der Gleichschaltung ab.

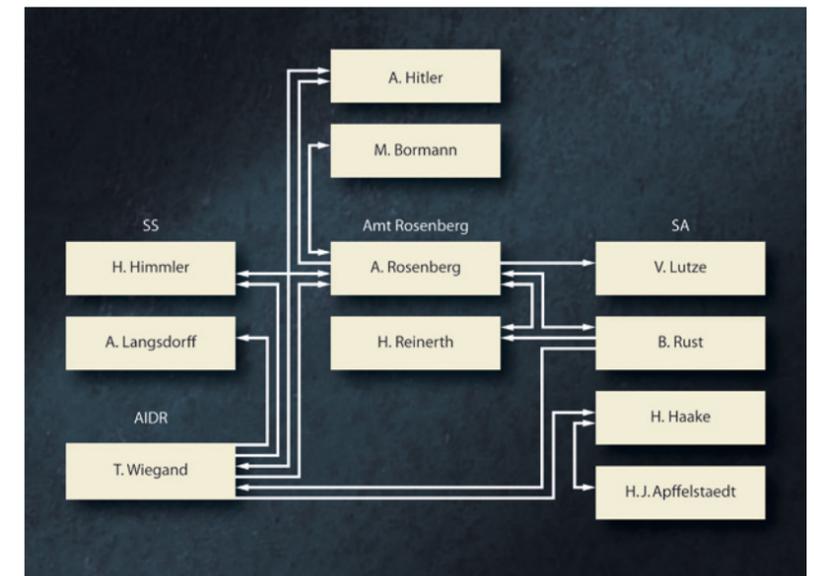
Am 11. Mai 1934 erfolgte die Zustimmung Reichsministers Bernhard Rusts zum Reichsinstitut (Abb. 14). Am 16. November 1934 sprach der Präsident des AIDR Wiegand bei Hitler in Sachen Reichsinstitut vor.⁶⁰ Rust billigte daraufhin am 7. März 1935 Wiegands Plan mit SS-Führer Alexander Langsdorff als Leiter. Rosenberg übersendete am 30. April 1935 Hitler die Denkschrift Reinerths mit den Gegenforderungen, bekam darauf aber keine Antwort. So ging es abhängig von den Beziehungen des Einzelnen im politischen Machtapparat weiter munter hin und her. Der Protest Rosenbergs bei Rust am 21. Juni 1935 führte kurzfristig dazu, dass dieser wieder die Kandidatur Reinerths um die Leitung des Institutes befürwortete, was wiederum Wiegand auf den Plan rief. Dieser übermittelte am 29. Juni 1935 auf dem Weg über Langsdorff der SS und Himmler weiteres Belastungsmaterial zu Reinerth und bat um Hilfe gegen die Angriffe. Die Gründung des SS-„Ahnenerbes“ durch Himmler und Wirth im Juli institutionalisierte kurz darauf eine neue politische Interessengruppe. Im November 1935 erfolgte ein Führerentscheid gegen Wiegands Plan. Martin Bormann seitens der Reichsleitung erbat am 30. Januar 1936 vertraulich von Rosenberg eine Beurteilung Wiegands.⁶¹ Im April 1936 konterkarierte Apffelstaedts Rede in Bonn, deren Wortlaut auszugsweise gedruckt vorliegt⁶² und die heftigen Widerspruch und eine offizielle Stellungnahme im Rosenberg-Lager erzeugte, den Führerentscheid vom November. Es folgte ein bekräftigender erneuter Führerentschluss zugunsten eines unabhängigen Institutes nach den Vorstellungen Reinerths. Eine Beschwerde Rosenbergs über Apffelstaedt an die oberste SA-Führung in Berlin, Stabschef Viktor Lutze, Nachfolger von Ernst Röhm – eine bislang innerhalb der archäologischen Forschungsgeschichte wenig berücksichtigte Machtkomponente –, blieb folgenlos. Im Mai 1936 verdächtigte Rosenberg RFSS Himmler, hinter Apffelstaedt zu stecken und seine Pläne vereiteln zu wollen. Himmler versicherte Rosenberg umgehend in einem Schreiben seine Loyalität. Im Sommer 1937 wurde Reinerth von Minister Rust



Abb. 13 Reinerth und Rosenberg auf der Tagung des Reichsbundes für Deutsche Vorgeschichte in Halle (13.–20. Oktober 1934).

mit dem Aufbauplan für das Reichsinstitut beauftragt. Rosenberg legte den Plan im Dezember 1937 Hitler vor. Die RGK sollte ein Teilinstitut unter Reinerths Leitung werden. Es war der Gegenentwurf zu Wiegand, dem Rheinländer und Präsidenten des AIDR. Die Kontrolle über alle Landesdenkmalämter und das alleinige Ausgrabungsrecht sollte im Reichsinstitut verankert

Abb. 14 Sicher belegte schriftliche Kommunikation der Auseinandersetzung um das Reichsinstitut für deutsche Vorgeschichte 1934–1937.



werden.⁶³ Mit der Angliederung des Vereins „Ahnenerbe“ an die SS im Jahre 1938 und Herbert Jankuhn an leitender Position ihrer „Lehr- und Forschungsstätte Ausgrabungen“ ab 1939 war der Zugriff Rosenbergs jedoch auch auf das letzte Feld, das der Universitäten, blockiert. Diese ließen sich entgegen dem Ansinnen der NS-Politik genauso wenig wie die Museen und Denkmalämter im bestehenden Doppelstaat zwischen Länder- und Reichskompetenz durch eine einzelne Fachbehörde mit Sitz in Berlin gleichschalten. Die Mitteilung Bormanns vom 4. Juli 1940, dass der Reichsinstitutsplan bis Ende des Krieges ruhe, zerschlug die Pläne des Rosenbergflügels endgültig, in Deutschland die Vorgeschichtsforschung unter seine zentrale Kontrolle zu bekommen.⁶⁴

Zusammenfassung

Der Verlust des Einflusses auf die Rheinprovinz zeichnete sich für Rosenberg bereits 1933 und damit vor der Gründung des „Amtes“ und nicht erst 1937 ab. Die Rhetorik und die Forderungen „der deutschen Vorgeschichte“ und somit Reinerths und des Kampfbundes wurden auf der Basis der neuen Gesetze rasch allge-

mein von der archäologischen Wissenschaft und den NS-Kulturpolitikern übernommen. Die Rheinprovinz unter Haake hatte bereits im Frühjahr 1936, zwei Jahre nach der Gründung des „Amtes Rosenberg“ – wie aus der Rede Apffelstaedts in Bonn Punkt für Punkt ersichtlich – alle wesentlichen Kampfbundziele aus vernationalsozialistischen Zeiten adaptiert und umgesetzt. Eine Karte der Reichsbundvereine 1939, fünf Jahre später, zeigt, was Rosenberg bei der Gleichschaltung im Westen nicht gelungen war (Abb. 15). Eine bei Gerd Simon verzeichnete, Petersen oder Buttler zugeschriebene Liste der Vorgeschichtsarbeit und der personellen Besetzung in der Rheinprovinz aus dem gleichen Jahr belegt, dass vom Reinerth-Flügel aus Kampfbundzeiten niemand außer Loeschcke in Trier und Fremersdorf in Köln – beide **keine** NSDAP Mitglieder – in der Rheinprovinz reüssieren konnte.⁶⁵ Landeshauptmann Heinrich Haake (1892–1945), NSDAP-Mitglied seit 1922, zeitweise Gauleiter der NSDAP und ab 1933 Landeshauptmann im Rheinland, wurde 1953 auf Druck der 1938 ausgeschlossenen jüdischen Mitglieder *postum* aus dem AIDR entfernt.⁶⁶ Die Mitgliedschaft des „alten Kämpfers“ im AIDR und sein Netzwerk ließen es nicht zu, dass Kampfbund, Reichsbund



Abb. 15 Verbreitung der durch den Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte gleichgeschalteten Vereine in Deutschland, Stand 1939.

und das „Überwachungsamt“ Rosenberg sich mit ihren Zielen im Rheinland durchsetzen konnten. Die Rolle der frühen NSDAP-Mitglieder in den 1920er Jahren innerhalb der archäologischen Wissenschaft in Deutschland oder der SA-Gliederungen – 1933 gab es 3,5 Millionen SA-Angehörige, die sich 1934 nach dem „Röhm-Putsch“ vielleicht veränderten, aber nicht verschwanden – wie auch die noch wenig aufgearbeiteten Querverbindungen in das REM 1933–45⁶⁷ verdienen zukünftig – wie gezeigt werden konnte – eine noch genauere Betrachtung, um die Netzwerke der im Kulturbetrieb Handelnden besser als bislang dargestellt verstehen und um die Ereignisse besser in Beziehung setzen zu können. Bei den Gleichschaltungsbemühungen im Rheinland durch das „Amt Rosenberg“ ist eine stärkere Berücksichtigung der Einflüsse anderer „Kulturkampfororganisationen“ wie dem von Rudolf Heß protegierten Reichsbund Volkstum und Heimat unter den Historikern Karl Alexander von Müller und Werner Georg Haverbeck wichtig.⁶⁸ Zu den Schülern von Müllers zählten u. a. Baldur von Schirach, Rudolf Heß, Hermann Göring, Walter Frank oder auch Ernst Hanfstaengl, deren Kontakte untereinander in den Fragen um die „Neuausrichtung der Geschichte“ genauso wenig unberücksichtigt bleiben sollten wie die Anhänger völkischer Weltanschauungen, von denen Uwe Puschner vor Kurzem eingehend berichtete.⁶⁹ Dabei erhielten diese schon früh die Unterstützung von Hochschullehrern. Die Vordenker „nordischer Weltanschauung und Lebensgestaltung“, Gustaf Kossinna, Hermann Wirth, Hans F. K. Günther, publizierten 1928 gemeinsam mit Georges de Lapouge oder Hanno Konopacki-Konopath in der nach 1945 indizierten Zeitschrift „Die Sonne“ in Weimar, später Armanen-Verlag Leipzig, ihre nordischen und rassistischen Theorien.⁷⁰ Die Unterwerfung des wissenschaftlichen Denkens unter die NS-Ideologie und die gesellschaftliche Mobilmachung – wie dies Jürgen Elvert⁷¹ zuletzt zum Ausdruck brachte – war dann nach 1933 nicht das Bestreben einzelner „durchgeknallter Wissenschaftler“, sondern eine Massenbewegung im Kulturbetrieb – ein Wettrennen um die besten Positionen –, die durch entsprechende „Gesetze“, Richtlinien und Erlasse der Behörden befeuert wurden. Die Protagonisten waren im internen NS-Kulturkampf dabei nicht immer auch die Profiteure. Rosenberg, Reinerth und Stampfuß unterlagen im Rheinland Heß, Himmler, Terboven, Haake, Wiegand, Merhart⁷² und Apffelstaedt. Nach dem Zweiten Weltkrieg gelang es Reinerth und Stampfuß im Gegensatz zu ihren Opponenten nicht, wieder in der Archäologie Fuß zu fassen.

Sie kamen über die Betreuung von Provinzmuseen in Unteruhldingen am Bodensee und am Niederrhein aufgrund einer allgemeinen und durchaus berechtigten Schuldzuweisung für eine menschenverachtende Wissenschaftspolitik im NS-Staat durch die Fachkollegen nicht mehr hinaus, während die innerhalb der SS organisierten acht bis zehn Schüler Gero von Merharts aus Marburg, „die Gegner des ‚Amtes Rosenberg‘“, führende Positionen in den Museen, der Denkmalpflege und an den Hochschulen bis weit in die 1970er Jahre hinein innehatten. Die vorgenommene Zäsur innerhalb der Forschung drückte sich zunächst nicht in einer allgemeinen Aufarbeitung der Geschehnisse und Biografien zwischen 1933 und 1945 aus, sondern in der Suche nach „Hauptschuldigen“, die eine Erklärung für die unsachliche und tendenziöse Politisierung vornehmlich in den Wissenschaftlern des „Amtes Rosenberg“ unter Hans Reinerth lieferte, die konsequent aus der Forschung ausgeschlossen wurden.⁷³ Reflexartige Argumentationen und Legitimationsnarrative für eine im Fach Ur- und Frühgeschichte bald verbindliche und kollektive Interpretationslösung für „Verantwortliche“ zu den Ereignissen im NS-Staat und eine weitgehende Vernachlässigung von primären Quellen wie privaten Briefen, Tagebüchern und bis heute nicht erschlossenen Archivbeständen der Denkmalämter, Museen, Universitäten, Institute zeichneten bei einer heute nicht mehr erklärbaren Konzentration auf die Zeit zwischen 1933 und 1945 zunächst ein für alle – einschließlich der Besatzungsmächte nach 1945 – verständliches Bild. Dieses Denken in politischen Zeitfenstern diente Karrieren, definierte in Verbindung mit Eintrittsdaten in die NSDAP und andere politische Gliederungen tendenziell Schuld und Unschuld, zeigte aber nicht die wirklichen Zusammenhänge, den Kontext. Die tatsächliche Komplexität der Ereignisse und die Querverbindungen persönlicher und institutioneller Art werden erst bewusst, das schwarz-weiße Bild dann farbig, wenn die tatsächlich vorliegende Überlieferungsdichte besser genutzt werden kann. Dies bedeutet, dass Texte und Archivquellen zukünftig breiter zugänglich gemacht werden sollten, so widersprüchlich sie auch sein mögen, um den aus Legitimationsgründen innerhalb der Archäologie noch bestehenden „Archivquellenpositivismus“ durch eine „kontextualisierte Reflexion“, wie sie gerade verstärkt gefordert und umgesetzt wird, innerhalb der Fachgeschichtsforschung ablösen zu können.⁷⁴ Der Kossinna-Schüler Herbert Kühn, der mit diesem bis zu dessen Tod 1931 eine enge und herzliche Verbindung pflegte,⁷⁵ 1935 nach politischen Attacken auf-

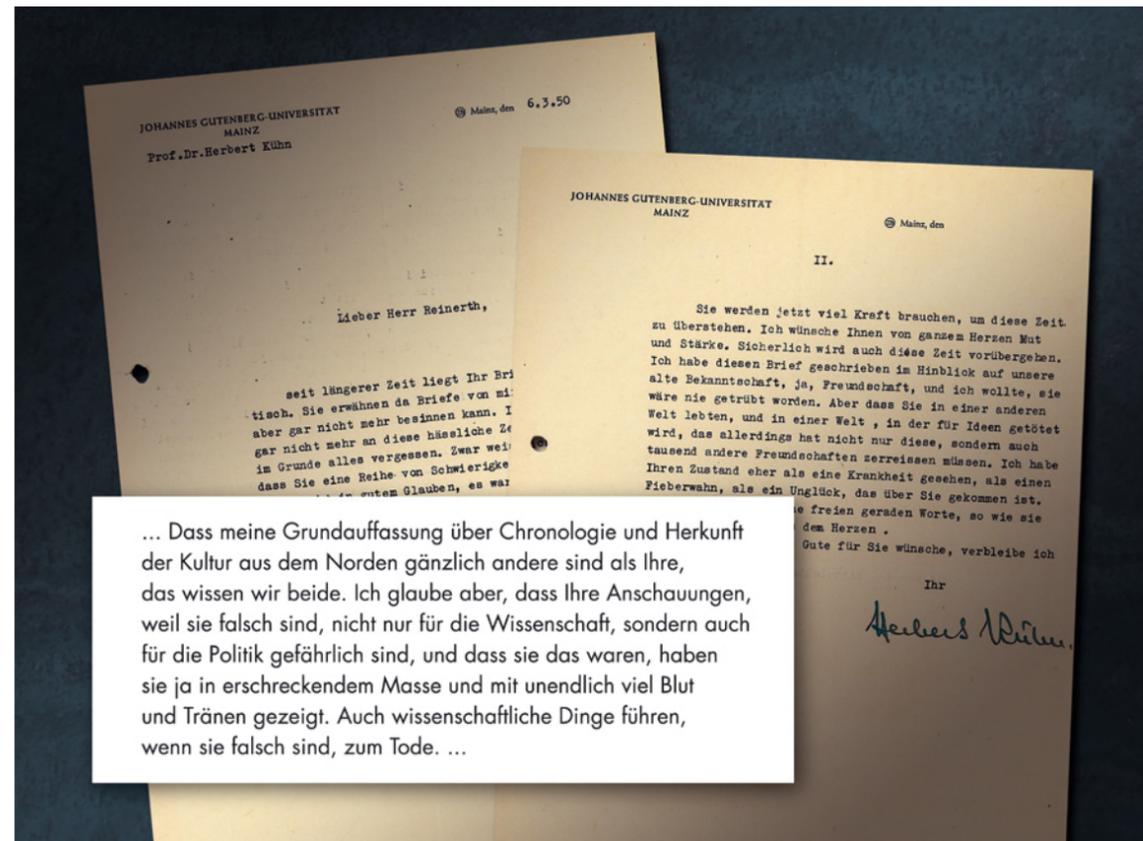


Abb. 16 Auszug aus dem Brief Herbert Kühns an Hans Reinerth vom 6. März 1950.

grund seiner jüdischen Ehefrau seine Lehrbefugnis in Köln verlor, brachte 1950 gegenüber Hans Reinerth, der ihn in seinem „Entnazifizierungsprozess“ mit den französischen Militärbehörden um Hilfe gebeten hatte, seinen Standpunkt zu den Geschehnissen und der verhängnisvollen „Nordischen Frage“ der Urgeschichtsforschung rückblickend und zusammenfassend zum Ausdruck (Abb. 16). Er schrieb: „Dass meine Grundauffassung über Chronologie und Herkunft der Kultur aus dem Norden gänzlich andere sind als Ihre, das wissen wir beide. Ich glaube aber, dass Ihre Auffassungen, weil sie falsch sind, und dass sie das waren, haben sie ja in erschreckendem Masse und mit unendlich viel Tränen gezeigt. Auch wissenschaftliche Dinge führen, wenn sie falsch sind zum Tode. So glaube ich, dass die Anschauung von der Vorherrschaft des Nordens zum Tode führen muss, einfach deshalb, weil sie nicht wahr ist. Hätte ich das Ihnen vor Jahren geschrieben und das war damals meine wissenschaftliche Haltung so wie heute, wäre ich abgeholt worden und in einem Konzentrationslager umgekommen. Ein solcher Zustand alleine ist der Wissenschaft und einer Kulturnation unwürdig, und so kann er nicht bestehen.“⁷⁶

Diese persönliche Sentenz eines Betroffenen zum Ab-

schluss regt zum Nachdenken an und sollte Auftrag für das historische Fach sein, den Entwicklungsgang der Forschung auch vorher und nachher, außerhalb der Zeitklammer 1933–1945, genauer zu betrachten. Eine intensive, quellenorientierte und vor allem diskursive Auseinandersetzung mit der Fachgeschichte wäre dem Wissen darum „wie es denn tatsächlich gewesen ist“ nützlich.

Anmerkungen

¹ A. Heuss, Kunst- und Kulturgutraub. Eine vergleichende Studie zur Besatzungspolitik der Nationalsozialisten in Frankreich und der Sowjetunion (Heidelberg 2000). – Ch. Hebben, Ein Museum unter dem Hakenkreuz. In: H.-P. Kuhnen (Hrsg.), Propaganda. Macht. Geschichte. Archäologie an Rhein und Mosel im Dienst des Nationalsozialismus. Schriftenr. Rhein. Landesmus. Trier 24 (Trier 2002) 93 f. bes. 95. – J. Schachtmann/Th. Widera/H. Hock/F. Innerhofer/P. List, Die prähistorische Archäologie in ihrem politischen und wissenschaftlichen Kontext. In: R. Smolnik (Hrsg.), Umbruch 1945? Die prähistorische Archäologie in ihrem politischen und wissenschaftlichen Kontext. Arbeits- u. Forscherber. Sächs. Bodendenkmalpfl. Beih. 23 (Dres-

den 2012) 7–11 bes. 7. – M. Eickhoff/U. Halle/J.-P. Legendre/O. H. Urban, Die Fortsetzung archäologischer Karrieren. In: Focke-Museum (Hrsg.), Graben für Germanien – Archäologie unterm Hakenkreuz. Ausstellungskat. Bremen 2013 (Stuttgart 2013) 164–171.

² R. Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem (Stuttgart 1970) 173.

³ R. Giersch, Kampfbund für deutsche Kultur. In: D. Fricke (Hrsg.), Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945) 3 (Köln 1985) 169 f. – H. Lönnecker, „...Boden für die Idee Adolf Hitlers auf kulturellem Felde gewinnen“. Der „Kampfbund für deutsche Kultur“ und die deutsche Akademikerkenschaft. GDS-Archiv Hochschul- u. Studentengesch. 6/2002, 121–144. – E. Piper, Kampfbund für deutsche Kultur (KfDK), 1928–1934. In: Historisches Lexikon Bayerns <www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44897> [Zugriff: 28.08.2013]. – D. Maharski/G. Schöbel, Von Gustaf Kossinna zur NS-Archäologie. In: Focke-Museum (Anm. 1) 34.

⁴ R. R. Schmidt, Die deutsche Vorgeschichte in die Schule! Schwäb. Flugschr. 2 (Stuttgart 1920). – G. Schöbel, Hans Reinerth. Forscher – NS-Funktionär – Museumsleiter. In: A. Leube/M. Hegewisch (Hrsg.), Prähistorie und Nationalsozialismus. Die mittel- und osteuropäische Ur- und Frühgeschichtsforschung in den Jahren 1933–1945. Stud. Wissenschafts- u. Universitätsgesch. 2 (Heidelberg 2002) 321 f. bes. 329 f. – W. Pape, Zur Entwicklung des Faches Ur- und Frühgeschichte in Deutschland bis 1945. In: Leube/Hegewisch a. a. O. 163 f. – G. Schöbel, Von der Steinzeitsiedlung zum Fürstengrabbügel. Herausragende archäologische Forschungen der 1920er und 1930er Jahre am Federsee und an der Heuneburg in Südwestdeutschland. In: E. Schallmayer (Hrsg.), Archäologie und Politik. Archäologische Ausgrabungen der 30er und 40er Jahre des 20. Jahrhunderts im zeitgeschichtlichen Kontext. Internationale Tagung anlässlich „75 Jahre Ausgrabungen auf dem Glauberg“ (Wiesbaden 2011) 75 f. bes. 82 bes. Anm. 14. – 1919: Die Deutsche Gesellschaft für Anthropologie, Ethnologie und Urgeschichte beklagt die im Vergleich mit dem Ausland beschämend geringe Zahl von Lehrstühlen, nur eine außerordentliche Professur für Urgeschichte. 1925: Kossinna lanciert zwei Entschließungsanträge an den Preußischen Landtag. 1. stärkere Berücksichtigung des Faches an den Schulen und bei der Lehrerausbildung, 2. mehr Lehrstühle für Vorgeschichte in Preußen. 1930: Martin Jahn beklagt unzureichende Vertretung des Faches an den Hochschulen. 1932: Reinerth greift die Forderungen Kossinnas noch viel radikaler auf: Anweisungen für Kundgebungen des Kampfbundes, Vorschläge für Umbesetzung von Stellen.

⁵ Bollmus (Anm. 2) 228.

⁶ U. Halle, Archäologie und Westforschung. Stud. Gesch. u. Kultur Nordwesteuropa 6 (Münster 2003) 383 f. – Schallmayer (Anm. 4). Dazu auch: G. Schöbel, Hans Reinerth. From Archaeologist to Reichsamtssleiter (1918–1945). In: J.-P. Legendre/L. Olivier/B. Schnitzler (Hrsg.), L'archéologie nationale-socialiste dans les pays occupés à l'ouest du Reich. Actes de la table ronde internationale „Blut und Boden“ (Gollion 2007) 45–59.

⁷ Bollmus (Anm. 2) 223.

⁸ Ebd. 228. – Schöbel 2002 (Anm. 4) 395. – Ders. 2011 (Anm. 4) 241.

⁹ Bollmus (Anm. 2). – B. Bouresh, Die Neuordnung des Rheinischen Landesmuseums Bonn 1930–1939. Kunst u. Alt. Rhein 141 (Köln 1996). – B. Pinsker, 100 Jahre West- und Süddeutscher Verband für Altertumforschung. Ferdinand Kutsch und der West- und Süddeutsche Verband für Altertumforschung (1931–1962). Arch. Nachrbl. 5, 2000, 49 f. – Kuhnen (Anm. 1). – Legendre/Olivier/Schnitzler (Anm. 6).

¹⁰ Rudolf Stampfuß, geb. 3.11.1904 in Hamborn, gest. 18.12.1978 in Dinslaken. 1921 Mitbegründer der Gesellschaft für Niederrheinische Heimatforschung Hamborn. 1923–1927 Studium der Vorgeschichte, Geschichte, Kunstgeschichte, Geographie, Geologie in Berlin und Tübingen bei G. Kossinna und R. R. Schmidt. 1927 Dissertation in Tübingen über jungneolithische Kulturen in Westdeutschland. 1942 Museumsleiter in Kiew. 1945–1947 Internierung in Neuengamme. Nach 1947 Tätigkeiten unter Tage und in der Bergbauverwaltung. 1955 Leiter „Haus der Heimat“ Dinslaken. Einrichtung einer Museumsschule für Lehrer. 1955 Neugründung der „Niederrheinischen Gesellschaft für Heimatpflege“ in Duisburg-Hamborn. 1962–1969 Rheinischer Museumspfleger und Leiter des rheinischen Museumsamts ab 1969. Nach Pensionierung heimatgeschichtliche/archäologische Forschungen in Dinslaken. – G. Krause, Vor- und Frühgeschichte des unteren Niederrheins: Rudolf Stampfuß zum Gedächtnis. Quellenschr. Westdt. Vor- u. Frühgesch. 10 (Bonn 1982) 269 f. – W. Cilleßen (Hrsg.), „Heimatliebe & Vaterlandstreue“. Niederrheinische Museen vom Kaiserreich zum Nationalsozialismus. Ausstellungskat. Wesel 2000–2001 (Wesel 2000). – Ch. Reichmann, Rudolf Stampfuß (1904–1978). Seine Bedeutung für die rheinische Heimatpflege vor 1945. In: Cilleßen a. a. O. 58–66. – Personalbogen Stampfuß, Archiv des Pfahlbaumuseums (APM), Unteruhldingen. – Vgl. auch Beitrag Herrmann in diesem Band.

¹¹ Hitler bat Rosenberg, „20 bis 30 beste deutsche Namen dafür zu gewinnen, sich als Förderer dieser Sache öffentlich nennen zu lassen. Parteigenossen auf kommunaler Ebene bat er um Unterstützung bei der Suche nach sämtlichen ‚irgendwie als national bekannten Persönlichkeit ihrer Stadt‘, die für eine materielle Unterstützung und für Vorträge der Gesellschaft in Frage kämen“. Giersch (Anm. 3) bes. 169. – Schöbel 2002 (Anm. 4) 334, 392.

¹² H. Grünert, Gustaf Kossinna (1858–1931). Vom Germanisten zum Prähistoriker. Ein Wissenschaftler im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Vorgesch. Forsch. 22 (Rahden/Westfalen 2002) 311. – H. Grünert, Gustaf Kossinna – ein Wegbereiter der nationalsozialistischen Ideologie. In: Leube/Hegewisch (Anm. 4) 307 f.

¹³ M. Strobel, Das urgeschichtliche Institut der Universität Tübingen zwischen 1933 und 1945. In: U. Wiesing/K. R. Prinzing/B. Grün/H. Junninger/S. Michel (Hrsg.), Die Universität Tübingen im Nationalsozialismus (Stuttgart 2010) 321 ff. bes. 329 u. 333.

¹⁴ Grünert, Vorgesch. Forsch. 22 (Anm. 12) 83 Anm. 376. Zur Nachfolge Kossinnas durch Reinerth 335, 338.

¹⁵ Zwischen Hans Reinerth und seiner Mutter Ottilie bestand zwischen 1918 und 1948 ein regelmäßiger Schriftwechsel, der teilweise im APM erhalten ist und auf das politische und wissenschaftliche Geschehen Bezug nimmt. Frau Reinerth besucht

auf Einladung Frau Margarethe Kossinna u. a. im Oktober 1934 und steht mit ihr bis zu deren Tod 1941 in Kontakt. Briefe von Otilie an Hans Reinerth vom 7.10.1934 u. 1.4.1935, APM, Unteruhldingen: Die Mutter Reinerths berichtet von einem Treffen der Witwe mit Unverzagt, Bersu, Zeiss in der Angelegenheit Nachlass, Ausstellung und Biografie ihres Mannes vom 1.4.1935 in ihrer Privatwohnung in Berlin. – Eine wissenschaftliche Bearbeitung des „Frauen-Netzwerkes“ hinter Kossinna und Reinerth, das eine nicht unerhebliche Bedeutung für die politischen Entwicklungen hatte, anhand der Privatkorrespondenzen wäre wünschenswert.

¹⁶ Schöbel 2002 (Anm. 4) 335. – Ders. 2011 (Anm. 4) 83 f.

¹⁷ Mitglieder der Fachgruppe für deutsche Vorgeschichte im Kampfbund für deutsche Kultur, Stand 1. Mai 1933, APM, Unteruhldingen: Vorgeschichte im Hauptamt: Andree, Julius (Münster i. W.); Bicker, Karl (Halle/Saale); Butschkow, Heinrich (Halle/Saale); Gandert, Otto-Fr. (Görlitz); Geschwendt, Fritz (Breslau); Grimm, Paul (Halle/Saale); Hahne, Hans (Halle/Saale); Hansen, Walter (Hamburg); Hülle, Werner (Halle/Saale); Jahn, Martin (Breslau); La Baume, Wolfgang (Danzig); Langenheim, Kurt (Danzig); Matthes, Walter (Beuten O. S.); Neumann, Gotthardt (Jena); Petersen, Ernst (Breslau); Radig, Werner (Leipzig-Marienbrunn); Reinerth, Hans (Tübingen); Richthofen, Bolko von (Hamburg); Schneider, Gerda (Tübingen); Schroller, Hermann (Hannover); Schulz, Walter (Halle/Saale); Stampfuß, Rudolf (Duisburg); Tackenberg, Kurt (Hannover); Zotz, Lothar (Breslau); Vorgeschichte im Nebenamt: Bänfer, Ludwig (Hamm/Westf.); Dingeldey, Richard (München); Frenzel, Walter (Bautzen i. S.); Gumpert, Carl (Ansbach); Hoffmann, Gustaf (Beuthen O. S.); Mayr-Lenoir, August (Nürnberg); Fachstudierende der Vorgeschichte: Beckhaus, Wolfgang (Hamburg); Boege, Werner (Breslau); Bohnsack, Dieter (Breslau); Dauber, Albrecht (Tübingen); Glaser, Rudolf (Breslau); Herrmann, Gerhard (Reutlingen); Hoffmann, Joachim (Beuthen O. S.); Hufnagel, Friedrich (Ansbach); Jansen, Hans-Luitjen (Hamburg); Krings, Karl (Köln-Mühlheim); Kuchenbuch, Freidank (Halle/Saale); Mehne, Hilde (Weimar); Neuss, Margarethe (Tübingen); Niquet, Franz (Halle/Saale); Petri, H. H. (Bremen); Rothert, Liebetraut (Bersenbrück); Schmidt, Ludwig (Hamburg); Ströbel, Rudolf (Tübingen); Tischner, Herbert (Goslar am Harz); Freunde deutscher Vorgeschichte: Dürr, Heinz (Tübingen); Fausel, Elisabeth (Tübingen); Feiler, Emil (Neuenbürg/Schwarzwald); Krebs, Albert (Iserlohn i. W.); Lang, Ewald (Wuppertal-Ronsdorf); Zachariae, Hans (Magdeburg); Ziegler, Jup. (Ansbach).

¹⁸ Stampfuß' Entscheidung wurde – wie es in den Privatkorrespondenzen vieler Jungakademiker am Ende der Weimarer Republik zum Ausdruck kommt – dabei nicht nur von „völkisch-politischen“ Ansätzen sondern auch von handfesten wirtschaftlichen Problemen zum Jahresbeginn 1932 geprägt, die eine weitere Radikalisierung unterstützten. Brief von Stampfuß an Reinerth vom 5.1.1932, APM, Unteruhldingen: „Bei uns ist durch die furchtbare Wirtschaftslage alles so kaputt, dass man auch nicht das geringste Interesse hat, etwas zu unternehmen und sich nur freut, dass man dem Abbau noch nicht zum Opfer gefallen ist. Hoffentlich bringt 1932 die erhoffte Besserung, sonst wandere ich aus.“ – Brief von Stampfuß an Reinerth vom 6.1.1932, APM, Unteruhldingen: „Mir geht es nicht so rosig

wie Sie denken, wir stehen hier vor dem Ruin und hoffen auf das 3. Reich, dass wir sogar mit Waffengewalt einführen würden, wenn dieses nur nicht zu spät kommt und mehr in Lage ist, den Ruin aufzuhalten.“

¹⁹ U. Veit, Archäologiegeschichte als Wissenschaftsgeschichte. Über Formen und Funktionen historischer Selbstvergewisserung in der Prähistorischen Archäologie. Ethnogr. Arch. Zeitschr. 52/1, 2011, 34 ff. bes. 50 f.

²⁰ Grünert, Vorgesch. Forsch. 22 (Anm. 12) 336.

²¹ S. Grunwald, Fachgeschichte als kollektive Erinnerungspraxis. Schwerpunkte in der Historiografiegeschichte der deutschen Prähistorischen Archäologie. Ethnogr. Arch. Zeitschr. 52/1, 2011, 15 ff. – So auch: K. Reichenbach/W. Rohrer, Fachgeschichte der Prähistorischen Archäologie. Ebd. 7 ff.

²² Vgl. hierzu: J. Gimmel, Die politische Organisation kulturellen Ressentiments. Der „Kampfbund für Deutsche Kultur“ und das bildungsbürgerliche Unbehagen an der Moderne (Münster, Hamburg, London 1999).

²³ Veit (Anm. 19) 50.

²⁴ Brief von Stampfuß an Reinerth vom 1.4.1930, APM, Unteruhldingen.

²⁵ Zuletzt zu Schuchhardt: M. K. H. Eggert, Karl Schuchardt, 1858–1943: Alteuropa in Retrospect. Ethnogr. Arch. Zeitschr. 51/1–2, 2010, 129 f. – Brief von Stampfuß an Reinerth zu Schuchardt bereits vom 21.12.1927, APM, Unteruhldingen.

²⁶ Brief von Stampfuß an Reinerth vom 17.2.1932, APM, Unteruhldingen.

²⁷ D. Mahsarski, Herbert Jankuhn (1905–1990). Ein deutscher Prähistoriker zwischen nationalsozialistischer Ideologie und wissenschaftlicher Objektivität (Rahden/Westf. 2011) 24 f.

²⁸ R. Stampfuß, Gustaf Kossinna, „Ein Leben für die deutsche Vorgeschichte“ (Leipzig 1935/36) 33 f.

²⁹ Grünert, Vorgesch. Forsch. 22 (Anm. 12) 83; 336; 340; 350 f.; 356 f. Stampfuß war als einer der letzten Schüler Kossinnas im Auftrag seiner Frau mit einem Teil des wissenschaftlichen Nachlasses, „eine ganze Automobilladung voll“, betraut. Er versuchte den Verkauf der Kossinna-Bibliothek an Ludwig Roselius in Bremen für 3800 Reichsmark bis zuletzt, auch mit Bittbriefen an Fritz Thyssen, zu verhindern. Brief von Stampfuß an Reinerth vom 30.1.1932, APM, Unteruhldingen. In den Briefen von Stampfuß werden die einzelnen Schritte Margarethe Kossinnas zur Unterstützung des Kampfbundes von Hans Reinerth bei den nationalsozialistischen Machthabern und Wissenschaftlern bis hin zu ihrer Mithilfe beim „Besetzungskarussell“ an den Universitäten zwischen 1932 und 1935 reportiert.

³⁰ Briefe von Stampfuß an Reinerth vom 1.4.1930 u. 23.1.1932, APM, Unteruhldingen.

³¹ Gedruckter Jahresbericht KfdK, Ortsgruppe Tübingen, Juli 1931 bis Juli 1932, APM, Unteruhldingen.

³² Briefe von Stampfuß an Reinerth vom 7.3.1932, 27.4.1932, 21.6.1932 u. 2.7.1932 u. Brief von Reinerth an Stampfuß vom 6.7.1932, APM, Unteruhldingen.

³³ R. Stampfuß, Urgeschichtsforschung im Deutschen Westen. Die Sonne. Monatsschr. Nord. Weltanschauung u. Lebensgestaltung (Leipzig, Köslin, Weimar 1932) 565 f.

³⁴ Herbert Kühn, geb. 29.4.1895 in Beelitz, Kr. Potsdam. 1914 kurzer Militärdienst als Kriegsfreiwilliger, anschließend Studium der Vorgeschichte bei Gustaf Kossinna, Berlin. 1918 Promo-

tion und Reise zu den Höhlenmalereien der Dordogne. 1923 Habilitation an der Universität Köln für das Fach prähistorische Kunst. 1930 Ernennung zum außerordentlichen Professor. Gründung des Institutes für Vorgeschichte als Abteilung des Historischen Seminars der Universität Köln. 1932 korrespondierendes Mitglied des Archäologischen Institutes des Deutschen Reichs. 1.11.1935 Entzug der Lehrbefugnis aus politischen Gründen, u. a. weil er eine jüdische Ehefrau hatte. 1935–1946 Privatgelehrter in Berlin. – Vgl. auch Beitrag Schäfer in diesem Band.

³⁵ Schöbel 2002 (Anm. 4) 339. – W. Krämer, Gerhard Bersu – Ein deutscher Prähistoriker, 1889–1964. Ber. RGK 82 (Mainz 2001) 5 f. – Bollmus (Anm. 2) 169.

³⁶ Brief von Stampfuß an Reinerth vom 8.3.1933 u. Brief von Reinerth oder Stampfuß an Ortsgruppe NSDAP Beelitz/Mark Brandenburg vom 23.3.33, 316/33 „vertraulich“, APM, Unteruhldingen.

³⁷ Brief von Reinerth an Stampfuß vom 6.2.1933 u. Brief von Stampfuß an Reinerth vom 8.3.1933, APM, Unteruhldingen.

³⁸ Brief von Stampfuß an Reinerth vom 10.3.1933, APM, Unteruhldingen.

³⁹ Ebd. „[...] Ich wollte die Eingabe erst vom Obermeister machen lassen, doch wollten diese Bonzen nur den zuständigen Dienstweg über Regierungspräsident und Oelmann einhalten.“

⁴⁰ <http://de.wikipedia.org/wiki/Gesetz_zur_Wiederherstellung_des_Berufsbeamtentums> [Zugriff: 28.08.2013] sowie <http://de.wikipedia.org/wiki/Universit%C3%A4t_im_Nationalsozialismus> [Zugriff: 28.08.2013].

⁴¹ Vgl. Beitrag Buttler in diesem Band.

⁴² Brief von Stampfuß an Reinerth vom 18.4.1933, APM, Unteruhldingen.

⁴³ Brief von Stampfuß an Reinerth vom 20.4.1933, APM, Unteruhldingen.

⁴⁴ Brief von Stampfuß an Reinerth vom 17.5.1933 u. Brief von Stampfuß an Reinerth vom 20.5.1933, APM, Unteruhldingen.

⁴⁵ Brief von Stampfuß an Reinerth vom 30.5.1933, APM, Unteruhldingen.

⁴⁶ Brief von Stampfuß an Reinerth vom 17.5.1933, APM, Unteruhldingen.

⁴⁷ Schöbel 2011 (Anm. 4) 92 f.

⁴⁸ H.-Ch. Jasch unter <<http://fhi.rg.mpg.de/articles/0508jasch.htm>> [Zugriff: 28.08.2013] beispielhaft zur Entwicklung des REM und die Ausschaltung von „nichtarischen“ und politisch missliebigen Professoren an der Berliner Universität 1933/34. – Zur Situation an der Universität Tübingen: H.-J. Lang, Jüdische Lehrer der Studierenden in Tübingen als Opfer des Nationalsozialismus. In: Wiesing/Prinzinger/Grün/Junninger/Michel (Anm. 13) 609 f. – D. Langewiesche, Die Universität Tübingen in der Zeit des Nationalsozialismus: Formen der Selbstgleichschaltung und Selbstbehauptung. Gesch. u. Ges. 23, 1997, 618 ff. – G. Schöbel (Hrsg.), Wer macht Geschichte? Katalog einer studentischen Ausstellung zur Sammlung des Institutes für Ur- und Frühgeschichte der Universität Tübingen 1890–2012. Schriftenr. Pfahlbaumus. Unteruhldingen 8 (Unteruhldingen, Tübingen 2012) 13.

⁴⁹ Bouresh (Anm. 9) 134. – Zu Apffelstaedt vgl. Beitrag Gansohr-Meinl in diesem Band.

⁵⁰ Brief von Stampfuß an Reinerth vom 18.6.1933, APM, Un-

teruhldingen.

⁵¹ Brief von Stampfuß an Reinerth vom 21.6.1933, APM, Unteruhldingen.

⁵² Brief von Stampfuß an Reinerth vom 26.10.1933, APM, Unteruhldingen.

⁵³ R. Stampfuß, Rheinische Vorzeit (Köln 1934).

⁵⁴ Brief von Stampfuß an Reinerth vom 12.11.1933 u. Brief von Reinerth an Stampfuß vom 16.11.1933, APM, Unteruhldingen.

– Die Agitation durch Stampfuß setzte sich fort. Vgl. etwa R. Stampfuß, Kampf der Germanen um den Rhein. Völk. Beobachter vom 27./28.1.1935. – Ders., Die Kulturentwicklung des Germanentums. Duisburger Generalanzeiger vom 12.12.1935. – Zwischen Stampfuß und Reinerth kommt es aufgrund des Scheiterns der Reichsbundpolitik im Mai 1938 zum Bruch. Eine Annäherung und direkte Briefkontakte erfolgen erst wieder ab den Auslandseinsätzen des Stabes Rosenberg im Jahre 1941 in Thessalien, Griechenland und in der Ukraine. – G. Schöbel, Die Ostinitiativen Hans Reinerths. In: J. Schachtmann/M. Strobel/Th. Widera (Hrsg.), Politik und Wissenschaft in der prähistorischen Archäologie. Ber. u. Stud. 56 (Dresden 2009) 267 f.

⁵⁵ Der Anstoß für den „Kampf gegen Wiegand“ kommt 1933 von Reinerths Mutter Otilie, die ihn in allen politischen Dingen beriet. Brief von O. Reinerth an H. Reinerth vom 10.3.1933, APM, Unteruhldingen: „War nicht auch W. [Wiegand] ein Gegner Kossinnas? Frage Stampfuss.“ – Brief von H. Reinerth an Stampfuß vom 16.11.1933, APM, Unteruhldingen: „Jetzt kämpfe ich mit allen Mitteln gegen Wiegand. Über Einzelheiten unterrichten Sie meine Gegenschriften, die Ihnen meine Mutter in diesen Tagen von Tübingen zuschicken wird. Besonders schreiben Sie auch einen Brief an Rosenberg und bitten Sie ihn ebenfalls endlich mit ganzem Einsatz für uns einzutreten und uns die Reichsfachschaft, über die in nächster Zeit im Reichsinnenministerium entschieden wird, zu sichern.“ – Brief von O. Reinerth an Stampfuß vom 16.11.1933, APM, Unteruhldingen: „In seinem Auftrag sende ich Ihnen beiliegend Entgegnung Wiegand, Entgegnung auf die Vorwürfe der Tendenziösen, Abschrift Brief Tackenberg, Eingabe von Prof. Dr. Hahne.“ – Brief von H. Reinerth an Stampfuß vom 21.12.1933, APM, Unteruhldingen: „Ich habe in dieser Richtung alle nur erdenkbaren Schritte unternommen und bin Ihnen dankbar, wenn Sie ebenfalls bei Rosenberg versprechen und ihm klar machen, dass jetzt die letzte Möglichkeit besteht unsere Beauftragung zu vollziehen. Mit Frau Kossinna und Lechler stehe ich ebenfalls in dauernder Korrespondenz. Beide haben getan, was sie irgend machen konnten und so ist wenigstens vorläufig Wiegand nicht zum Zuge gekommen.“ – Brief von H. Reinerth an Stampfuß vom 14.1.1934, APM, Unteruhldingen: „Fahre kommenden Mittwoch nach Berlin, um unsere Reichsbeauftragten durchzusetzen. Die Macht Wiegands ist nicht ganz so groß, als es den Anschein hat. Trotzdem unterschätze ich die Römlinge keineswegs. Schwieriger ist die Bekehrung mancher NS-Behörden. Allein daran kann unsere Sache scheitern. Wiegand hat, wie ich es aus einem Brief an das Württembergische Kultusministerium ersehe, immer noch die Vorstellung, als ob man mich in Württemberg erledigen würde. Frau Kossinna ist eine treue Seele, sie hat alles nur Erdenkliche für unsere Sache getan. Dafür bin auch ich ihr herzlich dankbar und werde sie schon in meinen ersten Berliner Tagen aufsuchen.“

⁵⁶ Am 9.5.1934 beschloss die Mitgliederversammlung der Ge-

sellschaft für Deutsche Vorgeschichte, sich zum Reichsbund zu erweitern. Schöbel 2002 (Anm. 4) 341. – 1934 wurde der KfdK aufgelöst und mit dem Reichsverband „Deutsche Bühne“ zur Nationalsozialistischen Kulturgemeinde („NS-Kulturgemeinde“) zusammengefasst. Verbunden war der Auflösungsprozess mit der Errichtung der „Dienststelle Rosenberg“, dem späteren „Amt Rosenberg“. < www.historisches-lexikon-bayerns.de > [Zugriff: 28.08.13], Stw. Kampfbund für deutsche Kultur. – Dazu auch M. H. Kater, Das „Ahnenerbe“ der SS. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reichs (Stuttgart 1974) bes. 22 f.

⁵⁷ Eickhoff/Halle/Legendre/Urban (Anm. 1).

⁵⁸ 24.4.1934 Provinzialmuseum Bonn, 10.9.1934 Provinzialmuseum Trier, 17.1.1935 Deutscher Bund Heimatschutz lehnen Beitritt zum Reichsbund für Deutsche Vorgeschichte ab. Liste Beitritte und Nichtbeitritte sowie G. Schneider an Stampfuß vom 20.4., 10.5. u. 10.9.1934, APM, Unteruhldingen. – Vereine, die dem Reichsbund bis 1935 beigetreten sind: Andernach, Verein für Geschichte und Altertum; Duisburg, Hamborner Gesellschaft für niederrheinische Heimatforschung; Gießen, Oberhessischer Geschichtsverein; Köln, Anthropologische Gesellschaft; Neuwied, Verein für Altertumsbauwerke; Sankt Goar, Kreisverein. Nicht beigetreten bis 1935 sind: Aachener Geschichtsverein; Bonn, Verein von Altertumsfreunden im Rheinlande; Brünns, Heimatverein des Kreises Brünns; Düren, Archäologische Arbeitsgemeinschaft; Friedberg in Hessen, Geschichts- und Altertumsverein; Gießen, Oberhessischer Geschichtsverein; Homburg von der Höhe, Verein für Geschichte und Altertumskunde; Kempen/Unterrhein, Kunst- und Altertumsverein; Kleve/Niederrhein, Klevischer Geschichtsaltertumsverein; Koblenz, Altertumsverein; Koblenz, Museumsverein; Kreuznach, Historisch-antiquarischer Verein für Nahe und Hunsrück; Mayen/Eifel, Geschichts- und Altertumsverein; Mainzer Altertumsverein; Niedermendig, Geschichts- und Altertumsverein; Simmern, Geschichtsverein; Trier, Gesellschaft für nützliche Forschungen; Xanten, Altertumsverein. Brief von G. Schneider an Stampfuß vom 10.5.1934, Reichsbundkartei, APM, Unteruhldingen.

⁵⁹ Pinsker (Anm. 9) 55.

⁶⁰ Personalvorschläge Wiegands: Leiter Prof. Langsdorff, Frankfurt, erster Direktor Prof. Sprockhoff, zweiter Direktor Staaß, Assistent Dr. Werner, Kiel, erster Direktor Prof. Schwantes, zweiter Direktor Dr. Langenheim, Breslau, Assistent Dr. Tischler, Assistent des Vizepräsidenten Dozent Dr. Schleif. Brief von Wiegand zur Weiterleitung an Himmler vom 3.1.1935, APM, Unteruhldingen. – K. Junker, Das Archäologische Institut des Deutschen Reiches zwischen Forschung und Politik. 1929–1945 (Mainz 1997) 21, 24. Wiegand verfügte über beste Verbindungen zu Politik und Justiz.

⁶¹ Brief von Bormann an Rosenberg vom 30.1.1936 u. Brief von Rosenberg an Bormann vom 4.2.1936, APM, Unteruhldingen: „[...] Verantwortlich für diese Zustände ist Staatsrat Wiegand, der mit nationalsozialistischen Forderungen durch eine überaus geschickte Hintertreppchenpolitik Widerstand leistet.“

⁶² Die vollständige Rede, 28 Manuskriptseiten, liegt im APM Unteruhldingen vor. Auszüge und Aufgabenstellung sind abgedruckt in H.-J. Apffelstaedt, Rede zur feierlichen Wiedereröffnung des Rheinischen Landesmuseums in Bonn am 24. März 1935. Museumskde. N. F. 7, 1935, 84 f. – Ders., Arbeiten und Aufgaben der rheinischen Provinzialverwaltung. Auszug aus ei-

ner Rede zur feierlichen Wiedereröffnung (2. Abschnitt) des Rheinischen Landesmuseums in Bonn am 26. April 1936. Museumskde. N. F. 8, 1936, 97 f. – F. Oelmann, Das rheinische Landesmuseum in Bonn, seine Entwicklung und seine Aufgaben. Die Rheinprovinz 3, 1935, 165 f. – Dazu auch: H. Gansohr-Meinert, Die Wiedereröffnung am 24. März 1935. Vom „Gelehrten-Museum“ zum „Volksmuseum“ – Zum Wandel der Vermittlung im Rheinischen Landesmuseum Bonn (Teil 2). Rhein. Landesmus. Bonn 1/2002, 1–8.

⁶³ Bollmus (Anm. 2) 222.

⁶⁴ Ebd. 231 f. und hierzu Brief von Bormann an Rosenberg vom 26.1.1943, APM, Unteruhldingen, Bestand Reinerth Ost. – Vgl. auch Schöbel (Anm. 54) 267–283.

⁶⁵ Stellenbesetzung für 1938/39 nach Simon unter < http://homepages.uni-tuebingen.de/gerd.simon/DSVorgesch.pdf > [Zugriff: 28.08.13], Denkschrift über Vorgeschichte 8 f.: „3.) Die Vorgeschichtsarbeit in den einzelnen Reichsgebieten, aufgliederung nach landschaftlicher Organisation, Planung und personeller Besetzung. Die Rheinprovinz. An den Universitäten lehren als Vorgeschichtler:

Bonn: Prof. Kurt Tackenberg, o.Prof. für Vorgeschichte, der gleichzeitig Leiter des im Mai 1938 gegründeten vorgeschichtlichen Instituts der Universität Bonn ist.

Köln: Prof. Walter v. Stokar, der gleichzeitig die Leitung des neuen Instituts für Vor- und Frühgeschichte an der Universität übernimmt.

Die Vorgeschichtsarbeit wird in den Rheinlanden sehr gefördert von Landeshauptmann Haake und Landesrat Dr. Apffelstaedt.

Als Vorgeschichtler betätigen sich weiterhin:

Dr. Fremersdorf, Köln, der die Leitung der römisch-germanischen Abteilung am Wallraf-Richartz-Museum innehat, Dr. Oelmann, Bonn, Direktor des Landesmuseums, Dr. Neuffer, Bonn, Dr. Kersten, Bonn, Dr. v. Uslar, Bonn, Dr. Rest, Bonn, Dr. Beiler, Prof. von Massow (Trier) Direktor des Landesmuseums, Prof. Loeschcke (Trier), Dr. Dehn, Trier, Dr. Kimmig, Trier, Dr. Hussong, Trier, Dr. Köthe, Trier, Dr. Köhne, Aachen, Dr. Amberger, Düsseldorf, Dr. Tischler, Duisburg.

An Instituten für die Vorgeschichtsforschung bestehen in den Rheinlanden:

Das Vorgeschichtliche Institut an der Universität Bonn, das im Mai 1938 gegründet wurde und dem grosse Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Das Arbeitsgebiet dieses Instituts soll über die Erforschung der rheinischen Vorzeit und Nordfrankreich übergreifen. Zu diesem Institut tritt das Institut für Vor- und Frühgeschichte an der Universität Köln, das sich dank der Persönlichkeit des Leiters, Prof. v. Stokar, besonders den naturwissenschaftlichen und chemischen Untersuchungen organischer Vorgeschichtsfunde widmen will.

Für die Bodendenkmalpflege in der Rheinprovinz sind zuständig:

Das Rheinische Landesamt für Vor- und Frühgeschichtliche Bodenalteertümer.

1. Abteilung Landesmuseum Bonn

2. Abteilung Landesmuseum Trier

3. Sonderauftrag für das Stadtgebiet Köln

Leiter der vorgeschichtlichen Abteilung am Wallraf-Richartz-Museum: Dr. Fremersdorf.

Das Landesmuseum Bonn betreut die Regierungsbezirke Aa-

chen, Düsseldorf, Koblenz (ausser dem Kreise Birkenfeld) sowie Köln (mit Ausnahme des Stadtgebietes). Das Landesmuseum in Trier betreut den Regierungsbezirk Trier und den Kreis Birkenfeld.

1. Direktor des rheinischen Landesamtes und staatlicher Vertrauensmann für die Bodenalteertümer ist Prof. Dr. Oelmann, Bonn

2. Direktor des Landesamtes ist Prof. Dr. von Massow zugleich Direktor des Landesmuseums in Trier und staatl. Vertrauensmann für die Bodenalteertümer. Für das Stadtgebiet Köln ist zuständig das Wallraf-Richartz-Museum in Köln.

An Museen für Vorgeschichte bestehen in der Rheinprovinz das ‚Rheinische Landesmuseum in Bonn‘, das Rheinische Landesmuseum in Trier, das Wallraf-Richartz-Museum in Köln, das Städtische Museum in Düsseldorf, das Städtische Museum in Aachen, das Städtische Museum in Duisburg und die kleineren Heimatmuseen in der Rheinprovinz.

An Gesellschaften bestehen in der Rheinprovinz viele kleinere Heimatvereine und Altertumsvereine, die sich mit vorgeschichtlichen Fragen auseinandersetzen. Besonders hervorgetreten ist speziell im Hinblick auf die frühmittelalterliche Geschichte die Gesellschaft für rheinische Geschichtskunde in Köln.

Die Vorgeschichtsforschung ringt in der Rheinprovinz mit den Problemen um die Abgrenzung der Einflüsse des germanischen, keltischen und römischen Elementes. Es gab früher wissenschaftsgeschichtliche Perioden, in denen einseitig das römische Element betont wurde und andererseits das keltische. Neuerdings beginnt sich auch hier die Erkenntnis von der Bedeutung des germanischen Grundelementes in der Bevölkerungs- und Kulturgeschichte der Rheinprovinz durchzusetzen.“

⁶⁶ M. Vignier, Schädigste Opportunität und Charakterschwäche? Nachkriegssituation und Diskussion um Mitgliederstreichungen beim Deutschen Archäologischen Institut 1938/39 und 1953. In: Smolnik (Anm. 1) 128 f. bes. 136.

⁶⁷ A. C. Nagel, Hitlers Bildungsreformer: Das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung 1933–45 (Frankfurt am Main 2012).

⁶⁸ < http://de.wikipedia.org/wiki/Reichsbund_Volkstum_und_Heimat > [Zugriff: 28.08.2013]. – Bollmus (Anm. 2) 47 f.

⁶⁹ U. Puschner, Weltanschauung und Religion, Religion und Weltanschauung. Ideologie und Formen völkischer Religion. Zeitenblicke 5/1, 2006 < http://www.zeitenblicke.de/2006/1/Puschner/index_html > [Zugriff: 28.08.2013].

⁷⁰ Auszug aus dem Inhaltsverzeichnis Die Sonne. Monatsschr. Nord. Weltanschauung u. Lebensgestaltung (Alexander Duncker Verlag Weimar) Juni 1928: Gustaf Kossinna, Wikingen und Wäringern; Hermann Wirth, Die Entdeckung der nordischen Urreligion; Hans F. K. Günther, Rassengeschichte des hellenischen Volkes V; Georges de Lapouge, Über die nordische Bewegung; Hanno Konopacki-Konopacki, Die nordische Bewegung in Deutschland. – Vgl. zu den Mitgliedschaften Kossinnas in völkischen Gemeinschaften Grünert, Vorgesch. Forsch. 22 (Anm. 12) 303.

⁷¹ J. Elvert/J. Nielsen-Sikora (Hrsg.), Kulturwissenschaften und Nationalsozialismus. Hist. Mitt. 72 (Stuttgart 2008).

⁷² Zur Rolle Gero von Merharts für die Fachgeschichte der Archäologie zuletzt D. Schlegelmilch, Gero von Merharts Rolle in den Entnazifizierungsverfahren „belasteter“ Archäologen. In:

Smolnik (Anm. 1) 12–19.

⁷³ J. Schachtmann/Th. Widera, 1945 – Eine wissenschaftliche Zäsur in der Vor- und Frühgeschichtsforschung. In: Smolnik (Anm. 1) 7 f.

⁷⁴ Reichenbach/Rohrer (Anm. 21) 7 f. bes. 11.

⁷⁵ Brief von Stampfuß an Reinerth vom 1.10.1929, APM, Unteruhldingen: „Im Übrigen war Gustaf vor circa vier Wochen hier in Hamborn bei mir. In Köln hauste er bei Kühn, mit dem er noch eine mehrtägige Museumsreise per Auto durch Holland machte, was sie sich von Kühn selbst erzählen lassen müssen. Ich habe jedenfalls neulich bei Kühn in Köln bei der Erzählung bald Lachkrämpfe bekommen.“

⁷⁶ Brief von Kühn an Reinerth vom 6.3.1950, Originalabschrift, APM, Unteruhldingen: „Lieber Herr Reinerth, seit längerer Zeit liegt ihr Brief auf meinem Schreibtisch. Sie erwähnen Briefe von mir, auf die ich mich aber gar nicht besinnen kann. Ich möchte mich auch gar nicht mehr an diese hässliche Zeit erinnern und habe im Grunde alles vergessen. Zwar weiss ich noch dunkel, dass Sie eine Reihe von Schwierigkeiten bereitet haben, vielleicht in gutem Glauben, es war eben eine sehr verworrene Zeit mit irr-sinnigen Ideen. Dass meine Grundauffassung über Chronologie und Herkunft der Kultur aus dem Norden gänzlich andere sind als Ihre, das wissen wir beide. Ich glaube aber, dass Ihre Auffassungen, weil sie falsch sind, und dass sie das waren, haben sie ja in erschreckendem Masse und mit unendlich viel Tränen gezeigt. Auch wissenschaftliche Dinge führen, wenn sie falsch sind zum Tode. So glaube ich, dass die Anschauung von der Vorherrschaft des Nordens zum Tode führen muss, einfach deshalb, weil sie nicht wahr ist. Hätte ich das Ihnen vor Jahren geschrieben und das war damals meine wissenschaftliche Haltung so wie heute, wäre ich abgeholt worden und in einem Konzentrationslager umgekommen. Ein solcher Zustand alleine ist der Wissenschaft und einer Kulturnation unwürdig, und so kann er nicht bestehen. Dass Sie der Vertreter der entgegen gesetzten Haltung waren, das ist ihr Unglück. Es steht nicht in meiner Macht das zu ändern, obgleich ich Sie persönlich immer sehr gemocht habe. Ich habe Sie in diesen Jahren oft verteidigen müssen, und ich denke mir, dass es die unglücklich lange Privatdozentenzeit war, die Sie in die falsche Bahn getrieben hat. Sie haben sicherlich auch nicht daran gedacht, dass der Nationalismus immer die Tendenz zum Überschlagen, zur Überheblichkeit und schließlich zum Ausmerzen und Töten anderer hat. Das Nationalgefühl ist berechtigt und nötig, und ich habe dieses nationale Gefühl in sehr starkem Masse, aber solche Rundschreiben wie ich sie einmal gegen Bersu gesehen habe, deuteten doch schon eine Krankheit des Geistes an und da begann schon etwas ähnliches wie Hexenverbrennung wegen der Religion im Mittelalter. Religion und Nationalgefühl sind nahe verwandt, beide notwendig und berechtigt, aber in der Überspitzung fürchterlich und für alle zum Tode führend. Sicherlich haben Sie alle diese Konsequenzen nicht überdacht und der einmal getane Schritt hat dann andere Schritte nach sich gezogen. Aber Sie standen an der Spitze und was geschehen ist, ist nicht mehr rückgängig zu machen. Ich spreche hier ganz privatim, ich habe auch nicht die Absicht Ihnen zu schaden, im Gegenteil, ihr Schicksal tut mir sehr leid, unsere Wissenschaft verliert in Ihnen einen sehr befähigten, sehr gewandten, sehr tüchtigen Vertreter. Vielleicht wird auch der Augenblick kommen, wo sich das ausgleichen lässt, aber mir

scheint, dass Ihrer Feinde viele sind. Ich zähle nicht dazu. Darf ich Ihnen sagen, dass es mir immer leid getan hat, dass Sie gerade in einem anderen Lager standen als ich, denn persönlich habe ich mich Ihnen immer besonders nahe gefühlt. Sie werden jetzt viel Kraft brauchen, um diese Zeit zu überstehen. Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen Mut und Stärke. Sicherlich wird auch diese Zeit vorübergehen. Ich habe diesen Brief geschrieben im Hinblick auf unsere alte Bekanntschaft, ja, Freundschaft, und ich wollte, sie wäre nie getrübt worden. Aber dass Sie in einer anderen Welt lebten, und in einer Welt, in der für Ideen getötet wurde, dass allerdings hat nicht nur diese, sondern auch tausend andere Freundschaften zerreißen müssen. Ich habe Ihren Zustand eher als eine Krankheit gesehen, als einen Fieberwahn, als ein Unglück, das über Sie gekommen ist. Nehmen sie meine freien geraden Worte, so wie sie sind, geschrieben aus dem Herzen. Indem ich alles Gute für Sie wünsche, verbleibe ich mit besten Grüßen Ihr Herbert Kühn.“ In Kühns Hauptwerk zur Fachgeschichte H. Kühn, Geschichte der Vorgeschichtsforschung (Berlin, New York 1976) wird auf die Auseinandersetzung während der NS-Zeit im Rheinland, obwohl nach den grundlegenden Werken zur Aufarbeitung der Fachgeschichte von Bollmus (Anm. 2) und Kater (Anm. 56) erschienen, obwohl dort die „Indogermanenfrage“ vom Autor thematisiert wird, nicht Bezug genommen.

Abbildungsnachweis

- 1** G. Schöbel, Pfahlbaumuseum Unteruhldingen nach Nationalsozialist. Monatsh. vom 27.6.1932.
2–4; 7–9; 13; 16 APM, Unteruhldingen; **3** Foto J. Udry; **4** Montage G. Schöbel; **7** Foto H. Dürr; **9** Foto H. Reinerth; **16** Montage St. Brockschläger/G. Schöbel, Pfahlbaumuseum Unteruhldingen
14–15 St. Brockschläger/G. Schöbel, Pfahlbaumuseum Unteruhldingen
10 Stadtarchiv Tübingen; Foto A. Göhner
11 Westdeutscher Beobachter vom 19.6.1933.
12 Stampfuß (Anm. 53) Titelblatt.

Achim Leube

Das „Ahnenerbe“ der SS und die deutsche Prähistorie

Die archäologischen Ausgrabungen

Einleitung

Der am 1. Juli 1935 in Berlin-Dahlem gegründete private Verein „Deutsches Ahnenerbe. Studiengesellschaft für Geistesurgeschichte e. V.“ war zunächst auf rassistische Vorstellungen Heinrich Himmlers (1900–1945) und des Laienforschers Herman Wirth (1885–1981) zugeschnitten. Schon am 20. März 1937 fand mit einer gewissen Neuorientierung eine Namensänderung in „Das Ahnenerbe“ statt. Man wollte den „wissenschaftlichen“ Beweis der Überlegenheit des „deutschen Ariers“ erbringen, wie aber auch ein weltanschauliches Schulungsorgan der SS schaffen. Eine spezifische Rolle nahm innerhalb des „Ahnenerbes“ die Prähistorie ein. So stellte der Historiker Michael H. Kater fest: „Nur auf dem Gebiet der Vorgeschichte durfte das ‚Ahnenerbe‘ hoffen, die meisten seiner Wünsche befriedigen zu können. Das lag indessen nicht nur daran, daß die Prähistorie damals den wohl größten geisteswissenschaftlichen Sektor innerhalb der Forschungsgemeinschaft bildete [...]: unter dem breiten Dach des ‚Ahnenerbes‘ stellten sich seit Jahren alle diejenigen Vorgeschichtler unter, deren wissenschaftliche Arbeit etwas zählte.“¹

Im Aufbau, in der Leitung bzw. Organisation und Zielsetzung des „Ahnenerbes“ – speziell hinsichtlich der Prähistorie – lassen sich mehrere Phasen erkennen.

Das Rasseamt der SS (RAS), Abteilung V

Bereits seit 1933 und dann parallel zum „Ahnenerbe“ bis 1938 fand die Ur- und Frühgeschichte innerhalb der SS ihren ersten Eingang im RAS. Dieses Amt wurde am 31. Dezember 1931 gegründet, später als Rasse- und Siedlungsamt bezeichnet, und war Vorgänger des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS (RuSHA, ab 1935). Zunächst hatte es den Sitz in München, war dann seit 1933 in der Berliner Hedemannstraße

24 zwischen der Stresemann-Straße, der Wilhelm-Straße sowie der Friedrichstraße im heutigen Berliner Stadtbezirk Kreuzberg-Friedrichshain untergebracht.² Himmler äußerte 1937: „Das Rasse- und Siedlungsamt ist praktisch auch das wissenschaftliche Amt zur Frage der Ausgrabungen, der Vorgeschichte, mit der wir uns sehr eingehend beschäftigen.“³ Auf der von Hans Schleif und Werner Buttler (1907–1940) getragenen SS-Grabung auf der Erdenburg bei Bensberg unweit von Köln verkündete Himmler im Juli 1935, dass „wir uns dieser Aufgabe mit derselben Zähigkeit widmen, mit der die Schutzstaffel bisher an alle anderen Aufgaben herangegangen ist.“⁴ Himmler, seit 1929 Reichsführer der Schutzstaffeln (RFSS), bat bereits 1930 Richard Walther Darré (1895–1953), ihn beim Aufbau der SS „[...] als der biologischen Elite der Zukunft behilflich zu sein“ und ein derartiges Amt zu schaffen.⁵ Dieses Amt war hauptsächlich zuständig für die „rassisch einwandfreie“ Aufnahme von SS-Bewerbern. Im Auftrag der Reichsführung-SS hatte das RAS „seit 1933 die germanische Vorgeschichte planmässig [sic] in [seiner] Schulungsarbeit einbezogen.“⁶ Die Schulungsabteilung des RAS wurde zunächst von SS-Sturmbannführer Hermann Dethof und dann von dem SS-Obersturmführer (Ostuf) Dr. Rolf Höhne, einem Geologen, geleitet. Dieser fertigte am 18. September 1935, d. h. einige Monate nach der Gründung des „Ahnenerbes“, einen schriftlichen „2. Entwurf“ mit dem Charakter einer Übersicht dieser Abteilung an. Höhne war bis 1938 Leiter der Ausgrabungen.

Erste Phase: „Das Deutsche Ahnenerbe e. V.“ unter Herman Wirth 1935–1936

Wirth scheiterte mit seinen Plänen, seinen Vorstellungen und seiner abstrusen Arbeitsweise recht früh in der Gestaltung des „Ahnenerbes“. Hier soll nur an sein pseudowissenschaftliches Vorhaben der 1933 erfolg-